



V 6458 E
31 a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 6

Juni 1974

Grafik des Monats: Zur industriellen Produktion 1973

Aufsätze: Kommunalwahl 1974 (Teil 2)
Verarbeitende Industrie
Preisindex für die Lebenshaltung

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1972/73	1973/74	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt November bis März			
INDUSTRIE ¹					
Produktionsindex	1962 = 100	179	190	+	6
Beschäftigte	1 000	187	187	-	0
Umsatz ²	Mill. DM	1 371	1 618	+	18
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	23	22	-	2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,8	p 6,5	-	17
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 350	1 731	-	26
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	260,9	356,7	+	37
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	223,1	269,7	+	21
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 252	5 410	-	34
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	115,0	150,6	+	31
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	114,0	135,9	+	19
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1962 = 100	119,5	131,8	+	10
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	120,9	121,1	+	0
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	115,1	123,7	+	7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	114,6	120,9	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	4 565	5 172	+	13
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	16 065	18 006	+	12
Spareinlagen	Mill. DM	7 304	7 721	+	6
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	106	106	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	81	92	+	14
Lohnsteuer	Mill. DM	164	189	+	15
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	235	279	+	19

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 6/74

	Seite
Aktuelle Auslese	121
Aus dem Inhalt	122
Aufsätze	
Die Kreis- und Gemeindewahl am 24. März 1974 (Teil 2)	123
Die verarbeitende Industrie in Schleswig-Holstein 1973	126
Über den Preisindex für die Lebenshaltung . .	132
Grafik des Monats	130
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) . .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1974

Bruttoinlandsprodukt, Kreise
Betriebssysteme Landwirtschaft
Auftragslage im Baugewerbe

Heft 2 / 1974

Zur Reallohnentwicklung
Zur Getreideernte 1973
Güterumschlag in den Häfen
Kapitalgesellschaften
Lohnsteuerpflichtige

Heft 3 / 1974

Bruttoinlandsprodukt
Fachhochschulstudenten
Bauhauptgewerbe
Vermögensteuer

Heft 4 / 1974

Wirtschaftliches Wachstum 1973
Investitionen 1972
Umsätze 1972
Arbeitskräfte Landwirtschaft
Baumschulen
Industrielle Kleinbetriebe
Einzelhandelsumsätze

Heft 5 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 1)
Gesundheitswesen
Straßenverkehrsunfälle



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 6

Juni 1974

Aktuelle Auslese



Bis zum Jahre 2000 weniger Kinder

Die 4. koordinierte Bevölkerungsvoraus-schätzung mit Ergebnissen für Kreise und Planungsräume zeigt divergente Entwick-lungen an. Auf der Basis 1970 = 100 werden die Einwohner des Kreises Flensburg-Land (des entsprechenden Teils des neuen Kreises Schleswig-Flensburg) am stärksten zu-nehmen, nämlich auf 116 bis zum Jahre 2000. 13 der 16 Kreise und kreisfreien Städte verändern sich auf Meßzahlen zwischen 94 und 109. Nur Lübeck (89) und Kiel (86) wer-den voraussichtlich stärker schrumpfen.

Zwischen den drei Haupt-Altersabschnitten, die durch die Marken des 15. und 65. Lebensjahres gebildet werden, wird es Verschiebungen geben: Die Meßzahl für die 0-bis 14-jäh-rigen sinkt bis auf 77,6, ebenso die für die 65-jährigen und Älteren auf 96,5, während die der 15-bis 65-jährigen auf 105,6 ansteigt, im Kreise Flensburg-Land sogar auf 129. Dadurch wird im Lande der Anteil der 0-bis 14-jährigen von (1970) 23,7 % auf (2000) 18,8 % fallen. Da der Voraus-schätzung die Fruchtbarkeit des Jahres 1972 zugrundeliegt ("1. Variante"), die Geburtenziffern aber weiterhin abge-nommen haben, wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen wahrscheinlich noch niedriger liegen.



1973 kein Reallohnanstieg?

Die Verdiensterhebung in Industrie und Handel weist für die Arbeiter der Industrie (ohne Bau) im Januar 1974 einen Brutto-Wochenlohn von 360 DM aus, das sind 7,5 % mehr als im Januar 1973 für dieselbe Gruppe (335 DM). Dem entspricht ein Anstieg des Netto-Wochenlohnes um vermutlich 6,7 %, da die Lohnsteuerbelastung systemgemäß und die Beitrags-sätze zur Krankenversicherung effektiv zunahmen. Gleich-zeitig stieg der Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkom-men um 7,1 %. Für diese Arbeitnehmergruppe ist also zu-mindest kein Reallohnanstieg, wenn nicht sogar ein Ver-lust, herausgekommen.



Beschäftigung labil bei hoher Produktion

In der Gesamtbeschäftigung der Industrie deutet sich zwar eine leichte Erholung an (+ 0,3 % gegenüber April 1973), aber sowohl die gegenüber dem Vormonat stagnierende und im Vergleich zum Vorjahr noch immer niedrigere Zahl der Indu-striearbeiter (- 0,6 %) als auch der Rückgang der geleiste-ten Arbeiterstunden (- 1,4 % gegenüber April 1973) läßt noch keine generelle Änderung der insgesamt als labil zu bezeichnenden Konjunkturlage erkennen. Die nominale Umsatzentwicklung, d. h. Preissteigerungen einbegriffen, erbrachte für die ersten vier Monate des Jahres ein Umsatz-plus von gut 20 %, wobei die ausländische Nachfrage nach Industrieerzeugnissen eine mehr als doppelt so hohe Zu-wachsrates (+ 35,4 %) wie die Inlandsnachfrage aufwies.

Die mengenmäßige Produktionsentwicklung war bei Investi-tionsgütern ausgesprochen expansiv, bei Verbrauchsgütern dagegen schwach.



Mehr Milchkühe und mehr Schafe

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Juni-Viehzählung wurden in Schleswig-Holstein 1,59 Mill. Rinder, darunter 490 000 Milchkühe sowie 190 000 Schafe nachgewiesen.

Während die Zahl der Rinderhalter gegenüber Juni 1973 um 5 % zurückging, wurden die Gesamtbestände an Rindern um 3 % aufgestockt. Vor allem die Zahl der unter 1 Jahr alten Kälber und Jungrinder nahm erheblich zu, während die Be-stände an älterem Rindvieh außer Milchkühen merklich kleiner waren als vor Jahresfrist. Die Milchkuhbestände überschritten den Vorjahreswert um 1,2 %, wobei auch hier 5 % weniger Haltungen vorhanden waren.

Die Schafbestände wurden um 7 % gegenüber dem vorjäh-rigen Juni aufgestockt, obwohl die Zahl der Halter rück-läufig war.

Aus dem Inhalt

Kommunalwahl 1974 (Teil 2)

Seite 123

Die Frage, zu welchem Ergebnis die Stimmabgabe geführt hätte, wenn sie zur Bildung des Landtages oder Bundestages gedient hätte, taucht immer wieder auf. Sie wird beantwortet durch Umrechnung der Ergebnisse der Kommunalwahl auf Bundestags- und Landtagswahlkreise. Eindeutig ist diese Antwort zwar nicht, weil – bei der Bundestagswahl – das Wahlsystem anders ist (Erst- und Zweitstimme) und weil die Wähler sich für den anderen Bereich auch anders entschieden haben könnten, doch gibt sie Hinweise, die von den Parteien genau beobachtet werden. In diesem Aufsatz wird gesagt, wie die Wahl 1974 von der Bundestagswahl 1972 (Zweitstimmenergebnis) und von der Landtagswahl 1971 abweicht, wenn sie auf die jeweiligen Wahlkreise bezogen und als eine gleichartige Wahl angesehen wird. Als Ergebnis des starken Stimmengewinns der CDU zu Lasten der SPD würden 12 Abgeordnete der CDU (statt 9) und 8 der SPD (statt 11) in den Bundestag einziehen. Bezüglich der Wahlkreisvertreter ist der Unterschied besonders gravierend: die CDU würde alle 11 Direktkandidaten stellen gegenüber 2, während die SPD statt 9 keinen Abgeordneten durchbringen würde. Als Landtagswahl betrachtet liegen die Unterschiede insofern etwas anders, als die FDP mit 6 Abgeordneten vertreten wäre, während es 1971 keiner war. Die CDU hätte 2 Abgeordnete mehr und die SPD 6 weniger.

Verarbeitende Industrie

Seite 126

Die bewegte wirtschaftliche Lage des Jahres 1973 macht die Frage nach dem statistischen Bild der Industrie diesmal besonders interessant. Der Aufsatz befaßt sich mit der verarbeitenden Industrie, nachdem eingangs die besonderen Ereignisse des Jahres 1973 geschildert werden. Trotz Einbußen in einzelnen Zweigen war das Jahr für die Produzenten erfolgreich. Bei unverändertem Beschäftigtenstand stiegen die Löhne und Gehälter gegenüber 1972 um 12 und 15 %, der Umsatz um 13 %, darunter der Auslandsumsatz um 21 %, und der Produktionsindex um 7 %. Der Mehrbedarf an Energie von 190 000 t SKE (9 %) wurde zur Hauptsache aus Kohle gedeckt, die damit ihren Anteil von 11 auf 14 %

ausdehnte, während der des Heizöls von 72 auf 69 % sank. Die nach Wirtschaftsbereichen und Branchen differenzierten Ergebnisse zeigen teils erhebliche Abweichungen von diesen Gesamtzahlen. So gab es Beschäftigtenzunahmen z. B. im Stahlbau um 14 % und Abnahmen etwa in der Obst- und Gemüseverarbeitung um 15 % oder in Eisen-gießereien um 13 %. Die Umsätze stiegen in der Futtermittelindustrie um 31 %, sie sanken in der Bekleidungsindustrie um 11 %. Die Produktivität (Produktion je Arbeiterstunde) ist insgesamt um 7 % gewachsen. Der Produktionsindex kletterte in der Grundstoffproduktion um 12 % und dann umso geringer, je näher die Erzeugnisse dem Verbrauch kommen: Nahrungs- und Genußmittel um 4 %.

Preisindex für die Lebenshaltung

Seite 132

Zu einer der wichtigsten aktuellen Fragen steuert dieser mehr methodische Aufsatz wichtige Informationen bei. Die Umstellung der Preisindices für die Lebenshaltung auf ein neues Verbrauchsschema und eine neue Preisbasis (beides 1970) gibt Anlaß, ausführlich darzustellen, wie dieser höchst bedeutende Index berechnet wird, warum dies so geschieht und was man mit ihm anfangen kann. Die Überschriften "Gewinnung des Preismaterials", "Indexformel", "Indexhaushalte", "Wägungsschema", "Basisjahr", "Indexumstellung" und "Lebensstandard" zeigen den Umfang dieses Themas an. Im Lande tragen 1000 Berichtsstellen zur Preisermittlung bei. Das Statistische Bundesamt verarbeitet monatlich über 200 000 Einzelpreise. 900 bis 1000 private Haushalte im Bundesgebiet geben durch ihre genauen Anschreibungen sämtlicher Ausgaben den nötigen Aufschluß über die Zusammensetzung des Verbrauchs. Hieraus wird durch Vereinfachung das Mengenschema oder der Warenkorb für die 4 definierten Indexhaushalte gebildet. Je nach Haushaltstyp gehören dazu 680 bis 900 Güterpositionen. Die für den Laien, der einmal die Steigerung der Lebenshaltungspreise für eine bestimmte Periode braucht, schwierige Frage der Errechnung von Anstiegen gegenüber anderen Zeiten als dem Index-Basisjahr wird ebenso behandelt wie die Verfahren der Verkettung zwischen altem und neuem Index bei einer Umstellung auf ein neues Basisjahr. Eine Grafik und eine Tabelle verdeutlichen diesen Komplex der Methode.

Die Kreis- und Gemeindewahl am 24. März 1974

Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Landtagswahlkreise

Ergebnisse für Bundestagswahlkreise

Die Frage, wie das Wahlergebnis ausgesehen hätte, wenn eine Bundestagswahl am Tage der Kommunalwahl stattgefunden hätte, taucht immer wieder auf. Diese Frage kann selbstverständlich mit den Ergebnissen der Kommunalwahl nicht eindeutig beantwortet werden. Zum einen ist das Wahlsystem unterschiedlich (Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl, eine Stimme bei der Kreiswahl) und zum anderen könnte sich der Wähler bei einer Bundestagswahl anders entscheiden als bei einer Kommunalwahl. Außerdem würden bei einer Bundestagswahl wahrscheinlich keine Wählergruppen und Einzelbewerber auftreten und der SSW würde nicht kandidieren. Das ist aber fast unbedeutend, da sie nur kleine Stimmenanteile haben. Trotz dieser Vorbehalte wird im folgenden eine Umrechnung der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden auf Bundestagswahlkreise und ein Vergleich mit der Bundestagswahl 1972 dargestellt. Die Vergleiche beziehen sich auf das Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972.

Obwohl die Wohnbevölkerung leicht angestiegen ist, ist die Zahl der Wahlberechtigten geringfügig zurückgegangen. Zur Bundestagswahl am 19. November 1972 waren 1,84 Millionen Personen wahlberechtigt und zur Kommunalwahl am 24. März 1974 knapp 1,83 Millionen. Die um rund 10 000 geringere Zahl ist einmal auf die andersartige Voraussetzung für die Wahlberechtigung - bei Kommunalwahlen gibt es eine dreimonatige Sperrfrist bei einem Umzug - und zum anderen auf die per Saldo höhere Zahl von Abgängen unter den Wahlberechtigten (Tod und Wegzug) gegenüber den Zugängen (Hereinwachsen in das Wahlalter und Zuzug) zurückzuführen. Die Zahl der Wähler war 1972 wegen der um über 11 Punkte höheren Wahlbeteiligung (90,5% zu 79,2%) sogar um mehr als 200 000 größer. Damit ist die Ausgangsbasis für die Stimmenverteilung auf die Parteien so unterschiedlich, daß ein Vergleich der absoluten Zahlen wenig aussagekräftig ist. Daher werden die Stimmenanteile nur in Prozent verglichen.

Die CDU hat bei der Kommunalwahl 53,1% der gültigen Stimmen erhalten und sich damit gegenüber der Bundestagswahl 1972, als sie 42,0% auf sich vereinigte, um 11,1 Punkte verbessert. Sie ist 1974 in allen Bundestags-

wahlkreisen die stärkste Partei und errang sogar in acht der elf Bundestagswahlkreise die absolute Mehrheit. Nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 hatte die CDU nur in zwei Wahlkreisen vorn gelegen und in keinem die absolute Mehrheit erreicht. Am günstigsten schnitt die CDU in den Wahlkreisen Steinburg-Dithmarschen-Süd (57,3%), Nordfriesland-Dithmarschen-Nord (56,4%) und Stormarn-Hzgt. Lauenburg (56,1%) ab. Im Wahlkreis Stormarn-Hzgt. Lauenburg gelang ihr auch die kräftigste Steigerung (+ 12,8 Punkte). Am zweitgünstigsten fiel der Zuwachs in Lübeck aus. Hier verbesserte sie sich um 12,3 Punkte und erreichte fast die Hälfte aller Stimmen, während es 1972 nur 37% gewesen sind.

Stimmenanteile in den Bundestagswahlkreisen

Bundestagswahlkreis 1972	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					
	CDU		SPD		FDP	
	1972	1974	1972	1974	1972	1974
	- in % -					
1 Flensburg	38,2	45,4	52,0	30,2	9,1	7,0
2 Schleswig-Eckernförde	43,5	53,9	48,0	33,0	7,8	7,7
3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	46,2	56,4	44,5	30,1	8,5	9,5
4 Steinburg-Dithmarschen-Süd	46,6	57,3	45,7	33,8	6,7	8,7
5 Rendsburg-Neumünster	43,3	54,5	48,4	35,6	7,7	9,3
6 Kiel	34,7	46,1	55,2	43,5	9,3	8,6
7 Plön	43,4	53,4	48,9	38,8	6,9	7,5
8 Segeberg-Eutin	44,5	55,2	45,4	32,7	9,3	12,0
9 Pinneberg	41,9	53,4	47,0	33,7	10,3	11,5
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	43,3	56,1	46,7	37,1	9,3	6,5
11 Lübeck	37,0	49,3	53,9	40,3	8,2	9,5
Insgesamt	42,0	53,1	48,6	35,6	8,6	9,0

Die SPD mußte einen schweren Rückgang hinnehmen. Ihr Anteil ging um 13 Punkte von 48,6% auf 35,6% zurück. Sie erlitt in allen Bundestagswahlkreisen Einbußen. Bei der Bundestagswahl 1972 hatte sie in neun Wahlkreisen vorn gelegen und in drei von ihnen die absolute Mehrheit erzielt. Nach den Ergebnissen der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden am 24. März 1974 nimmt sie in keinem Wahlkreis mehr den ersten Platz ein. Ihre Anteile sanken in neun Wahlkreisen überwiegend sogar deutlich unter 40%. Am größten war der Rückgang im Wahlkreis Flensburg mit - 21,8 Punkten.

Hier hatte die SPD 1972 die absolute Mehrheit der Zweitstimmen errungen (52,0%) und mußte sich jetzt mit 30,2% begnügen. Dabei dürfte allerdings die Nichtkandidatur des SSW bei der Bundestagswahl eine Rolle gespielt haben. Am relativ besten schnitt die SPD in den Wahlkreisen Kiel (43,5%) und Lübeck (40,3%) ab. Wenn man bedenkt, daß sie 1972 in beiden Wahlkreisen ganz klar die absolute Mehrheit bekam, kann auch hier von einem guten Abschneiden keine Rede sein.

Die FDP konnte ihre Stimmenanteile leicht um 0,4 Punkte von 8,6% auf 9,0% verbessern. Den stärksten Gewinn buchte sie im Wahlkreis Segeberg-Eutin mit + 2,7 Punkten. Hier erreichte sie auch mit einem Stimmenanteil von 12% das beste Ergebnis. In vier Wahlkreisen gingen ihre Anteile zurück, und zwar in Flensburg, Schleswig-Eckernförde, Kiel und Stormarn-Hzgt. Lauenburg. Der Rückgang im Wahlkreis Stormarn-Hzgt. Lauenburg dürfte davon beeinflusst sein, daß in Stormarn wegen eines Formfehlers die Mehrzahl der FDP-Kandidaten nicht zugelassen worden ist.

Stellt man alle eingangs aufgezeigten Bedenken hintan und fragt, wie sich die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten nach dem Ergebnis der Kommunalwahl zusammensetzen würden, so ergibt sich folgendes Bild:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP
1972	22	9	11	2
1974	22	12	8	2

Die CDU würde also anstelle von neun Abgeordneten zwölf in den Bundestag entsenden, die SPD acht statt elf und die FDP wiederum zwei. Besonders gravierend ist der Umschwung bei den Wahlkreisvertretern. Bei der Bundestagswahl 1972 hatte die CDU nur zwei Sitze direkt gewonnen und die SPD neun. Nach dem Ergebnis der Kommunalwahl würde die CDU alle Direktkandidaten stellen. Dabei muß aber nochmals darauf hingewiesen werden, daß es bei Bundestagswahlen zwei Stimmen gibt und der Direktbewerber mit der sogenannten Erststimme gewählt wird.

Ergebnisse für Landtagswahlkreise

Da nächstes Jahr im Frühjahr Landtagswahlen stattfinden werden, dürfte eine Umrechnung der Kommunalwahlergebnisse auf Landtagswahlkreise noch interessanter sein, als eine auf Bundestagswahlkreise. Außerdem ist dieser Vergleich eher angebracht, weil die Wahlsysteme übereinstimmen und es sich

ebenfalls um eine Wahl von überwiegend regionalem Charakter handelt. Der Vergleich zwischen Kommunalwahl 1974 und Landtagswahl 1971 wird zusätzlich noch dadurch begünstigt, daß die Zahl der gültigen Stimmen fast übereinstimmt und damit die Ausgangsbasis für die Stimmenverteilung beider Wahlen gleich ist.

Die CDU erhielt bei der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden 755 000 Stimmen und verbesserte sich gegenüber der Landtagswahl 1971 um 18 000 Stimmen. Ihr Stimmenanteil stieg um 1,2 Punkte von 51,9% auf 53,1%. Auch in den meisten Landtagswahlkreisen konnte sie ihre Stimmenanteile erhöhen. Sogar in ihrem Spitzenwahlkreis (Rendsburg-West) dehnte sie ihren Stimmenanteil aus: von 66,0% auf 67,7%. In den anderen vier Wahlkreisen, in denen sie 1971 über sechs Zehntel der Stimmen erhalten hatte, ging ihr Anteil jedoch zurück: Husum-Land (61,9% : 60,0%), Schleswig-West (65,1% : 64,6%), Segeberg-Ost (61,2% : 59,5%) und Segeberg-West (60,3% : 57,7%), so daß die CDU nur noch in drei Wahlkreisen sechs Zehntel und mehr der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dafür besitzt sie aber jetzt in 32 anstelle von 28 die absolute Mehrheit und ist in 42 Wahlkreisen anstelle von 35 die stärkste Partei. Nur in den beiden Kieler Wahlkreisen Kiel-West und -Ost hat die SPD mehr Stimmen als die CDU und in Kiel-West ist der Vorsprung der SPD außerdem noch knapp. Die CDU blieb nur in den Kreisen Kiel-Ost (37,9%) und Flensburg-West (38,4%) unter 40%. In Flensburg-West ist sie wegen des hohen SSW-Anteils (22,5%) trotzdem stärkste Partei.

Die SPD erhielt bei der Kommunalwahl 505 000 Stimmen und verschlechterte sich damit um 77 000 Stimmen. Ihr Stimmenanteil ging um 5,4 Punkte von 41,0% auf 35,6% zurück. Sie mußte in allen Landtagswahlkreisen mehr oder weniger große Verluste hinnehmen. Sie ist nur noch in zwei Wahlkreisen anstelle von neun die stärkste Partei. Selbst von den Wahlkreisen mit absoluter Mehrheit konnte sie nur ihre Hochburg, den Wahlkreis Kiel-Ost, mit absoluter Mehrheit (52,6%) halten, während sie in Kiel-West und Kiel-Süd verloren ging. In Kiel-Süd ging nicht nur die absolute Mehrheit verloren, sondern auch die Spitzenposition und in Kiel-West konnte die SPD ihren ersten Platz knapp halten. In acht Wahlkreisen beläuft sich der SPD-Anteil auf weniger als drei Zehntel; 1971 ist dies nur in drei Wahlkreisen der Fall gewesen. Der Abstand zur CDU macht in vier Wahlkreisen 30 und mehr Punkte aus, und zwar in Husum-Land (CDU

Stimmenanteile in den Landtagswahlkreisen

Landtagswahlkreis 1971	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					
	CDU		SPD		FDP	
	1971	1974	1971	1974	1971	1974
	- in % -					
1 Flensburg-West	38,1	38,4	40,4	32,3	2,2	6,5
2 Flensburg-Ost	44,7	44,7	38,8	31,1	2,5	7,1
3 Flensburg-Land	55,0	52,5	32,0	27,3	2,7	7,4
4 Südtondern	55,7	54,0	34,8	29,4	3,6	10,1
5 Husum-Land	61,9	60,0	27,8	26,8	3,4	8,5
6 Husum-Eiderstedt	49,1	49,1	38,0	33,6	6,3	11,5
7 Schleswig-West	65,1	64,6	27,4	23,7	3,2	7,1
8 Schleswig	51,7	49,7	37,1	33,0	3,7	7,9
9 Eckernförde	51,7	52,0	41,8	37,9	2,7	7,5
10 Dithmarschen-Nord	58,0	59,6	34,9	31,8	3,5	8,7
11 Dithmarschen-Süd	55,3	56,8	38,2	35,0	3,3	8,2
12 Rendsburg-West	66,0	67,7	27,4	23,8	3,6	8,2
13 Rendsburg	48,4	49,1	45,1	39,1	4,2	10,6
14 Rendsburg-Ost	56,5	57,6	37,8	33,2	3,9	8,7
15 Neumünster-Nord	52,2	53,0	41,9	36,6	4,2	9,1
16 Steinburg-Ost	53,2	55,8	41,4	34,4	3,1	9,2
17 Steinburg-Süd	53,8	53,6	40,8	37,1	3,0	9,2
18 Elmshorn	49,4	52,0	44,3	36,3	4,5	10,4
19 Pinneberg-Elbmarschen	48,8	50,0	45,0	37,6	4,3	11,0
20 Pinneberg	49,1	52,9	44,1	32,2	5,0	13,7
21 Pinneberg-Nord	58,5	58,8	35,6	29,0	4,1	10,8
22 Segeberg-Ost	61,2	59,5	32,4	28,6	4,1	11,9
23 Segeberg-West	60,3	57,7	33,4	27,9	4,4	14,4
24 Neumünster	49,4	52,1	44,9	38,9	4,2	8,7
25 Kiel-Nord	44,5	47,7	49,2	41,9	4,1	8,6
26 Kiel-Mitte	52,6	54,2	40,7	34,6	4,8	9,7
27 Kiel-West	43,1	44,5	50,8	44,6	4,2	8,9
28 Kiel-Süd	42,0	45,2	52,4	45,0	3,5	8,2
29 Kiel-Ost	34,7	37,9	60,0	52,6	2,9	7,3
30 Plön-Nord	50,4	50,3	44,8	42,2	3,0	7,2
31 Plön-Süd	55,5	56,9	39,2	35,2	3,2	7,2
32 Oldenburg	53,7	52,5	41,6	40,0	3,3	7,5
33 Eutin-Nord	55,4	54,9	39,3	35,7	3,5	9,4
34 Eutin-Süd	54,1	53,5	40,4	37,2	3,8	9,3
35 Lübeck-Ost	46,9	48,7	47,3	41,5	3,4	8,9
36 Lübeck-Süd	51,4	53,1	41,9	35,7	4,5	10,4
37 Lübeck-Mitte	45,7	48,0	48,8	42,2	3,3	8,9
38 Lübeck-Nord	44,9	47,3	49,3	42,2	3,6	9,7
39 Stormarn	55,5	57,1	39,1	37,3	3,8	5,4
40 Norderstedt	46,0	50,5	47,2	35,2	5,3	14,3
41 Lauenburg-Ost	57,6	57,2	37,2	34,4	3,1	8,4
42 Lauenburg-Süd	51,1	50,4	43,0	37,4	4,0	11,4
43 Reinbek	52,1	56,4	41,8	38,3	4,4	5,2
44 Ahrensburg	52,5	59,9	39,4	38,3	6,3	1,4
Schleswig-Holstein	51,9	53,1	41,0	35,6	3,8	9,0

60,0%, SPD 26,8%), Schleswig-West (64,6%, 23,7%), Rendsburg-West (67,7%, 23,8%) und Segeberg-Ost (59,5%, 28,6%).

Die FDP konnte sich gegenüber der Landtagswahl kräftig verbessern. Sie erhielt gut

127 000 Stimmen und damit 73 000 Stimmen mehr als 1971. Ihr Stimmenanteil stieg um 5,2 Punkte von 3,8% auf 9,0%. Ihre Anteile liegen bis auf die Wahlkreise Stormarn, Reinbek und Ahrensburg, wo die bekannte Nichtzulassung von FDP-Bewerbern eine Rolle spielt, weit über der 5%-Grenze. Bei der Landtagswahl 1971 hatte sie nur in zwei Wahlkreisen mehr als 5% erreicht, und jetzt vereinigt sie in zwölf Wahlkreisen über ein Zehntel der Stimmen auf sich. Am günstigsten schnitt sie im Segeberger Raum und in den an Hamburg angrenzenden Wahlkreisen ab: Segeberg-West (1971: 4,4%, 1974: 14,4%), Norderstedt (5,3%, 14,3%) und Pinneberg (5,0%, 13,7%).

Auch der SSW und die DKP konnten sich verbessern. Der SSW erhielt mit gut 22 000 Stimmen fast 3 000 Stimmen mehr als 1971 und erhöhte seinen Anteil von 1,4% auf 1,6%. Die DKP steigerte sich von 5 300 Stimmen (0,4%) auf 6 500 Stimmen (0,5%).

Der Landtag würde sich nach dem Ergebnis der Kommunalwahl anders zusammensetzen als es gegenwärtig der Fall ist. Die FDP würde wieder im Landtag vertreten sein, und zwar mit sechs Abgeordneten, die CDU würde 42 Abgeordnete entsenden anstelle von 40 und die SPD 26 statt 32. Der SSW würde seinen Sitz behalten. Wie die folgende Übersicht zeigt, würde sich die Zahl der Sitze um zwei auf 75 erhöhen, da die CDU zwei Direktkandidaten mehr durchbringen würde, als ihr nach dem verhältnismäßigen Stimmenanteil zustehen. Nach dem Wahlgesetz behält sie diese zwei zusätzlichen Sitze als Überhangmandate.

Sitzverteilung

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP	SSW
1971	73	40	32	-	1
1974	75	42	26	6	1

Weitere Angaben, wie die Zahl der Wahlberechtigten, Wähler und gültigen Stimmen, enthält das Quellenwerk: Die Kreis- und Gemeindewahl am 24. März 1974 in Schleswig-Holstein, B VII 3 - 5/74.

Walter Dahms

Die verarbeitende Industrie in Schleswig-Holstein 1973

Zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Großwetterlage des vergangenen Jahres war äußerst bewegt. So gab es wesentliche Einflüsse von außen, die angesichts der intensiven internationalen Marktverflechtungen unmittelbar auf die Volkswirtschaft der Bundesrepublik einwirkten und zeitweilig bedrohliche Ausmaße annahmen: Der anhaltende weltweite allgemeine Preisauftrieb sowie der Lieferboykott und die nachfolgende Preisexplosion auf dem Mineralölsektor. Besonders durch folgende Maßnahmen haben die Verantwortlichen versucht, einer Überhitzung des konjunkturellen Klimas zu begegnen und dadurch den Preisauftrieb zu bremsen:

- zweimalige Aufwertung der Deutschen Mark,
- Ausgabenbeschränkung der öffentlichen Hände,
- Wiedereinführung der Investitionssteuer,
- Wegfall von Abschreibungen auf Gebäude nach § 7 b EStG,
- Kreditrestriktionen und Hochzinspolitik (u. a. Erhöhung des Diskontsatzes von 4,5 auf 7%).

Der Preisauftrieb setzte sich dennoch verstärkt fort: Die Lebenshaltung verteuerte sich ebenso wie industrielle Produkte in Jahresfrist um rund 7%. Noch viel stärker zogen die Importpreise, insbesondere für Rohstoffe, an.

Das spektakulärste Ereignis des Jahres aber waren die von den Erdöl-Förderländern im Herbst beschlossenen Lieferbeschränkungen, denen bald eine explosionsartige Verteuerung dieses kurzfristig nicht zu ersetzenden Energieträgers und Rohstoffes folgte. Die "Erdölkrise" übte eine tiefgreifende Schockwirkung auf die Industrienationen der Welt aus. Daß diese Einflüsse an der Wirtschaft unseres Landes und insbesondere an seiner Industrie nicht spurlos vorübergehen konnten, ist selbstverständlich.

Entwicklung im Vergleich zu 1972

Das Geschäftsjahr 1973 war für die schleswig-holsteinische verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)¹ im ganzen ein erfolgreiches Jahr. Dagegen spricht auch nicht die Tatsache, daß es in einzelnen Zweigen zu kontraktiven Erscheinungen kam. Zu dieser Feststellung führte jedenfalls eine erste Auswertung des aus der monatlichen Berichterstattung der

¹) und ohne öffentliche Versorgungswirtschaft, aber einschließlich Bergbau: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

Industriebetriebe gewonnenen Zahlenmaterials². Ob auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen erfüllt wurden, kann anhand der vorliegenden Daten natürlich nicht beurteilt werden.

Eine kräftige Produktions- und Umsatzbelegung, sprunghaft gestiegene Erlöse aus dem Exportgeschäft und ein unveränderter Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz bei im ganzen konstantem Beschäftigteneinsatz kennzeichnen die Situation der schleswig-holsteinischen Industrie 1973 im Vergleich zum Vorjahr:

	1972	1973	Veränderung in %
Beschäftigte (Jahres-D) in 1 000	188	187	- 0
darunter Arbeiter " "	139	138	- 1
Arbeiterstunden Mill.	267	267	+ 0
Löhne Mill. DM	2 231	2 503	+ 12
Gehälter " "	1 020	1 170	+ 15
Umsatz " "	15 275	17 270	+ 13
davon Inlandsumsatz " "	12 876	14 367	+ 12
Auslandsumsatz " "	2 399	2 904	+ 21
Produktionsindex 1962=100	172	184	+ 7,0

Die Beschäftigtenentwicklung verlief 1973 - trotz mancher Einflüsse, die sie hätten stören können - in normalen saisonüblichen Bahnen. Mit 187 000 in den Industriebetrieben tätigen Personen wurde der Vorjahresstand knapp gehalten (- 0,1%), nachdem die Rekordzahl des Jahres 1970 (191 000 Beschäftigte) stufenweise abgebaut worden war (1971: - 0,4%, 1972: - 1,6%).

Von Arbeitern wurde praktisch die gleiche Stundenzahl geleistet wie 1972, relativ sogar noch mehr, denn im Jahresdurchschnitt 1973 wurden weniger Arbeiter beschäftigt als im Jahr zuvor. Kurzarbeit, wie sie in anderen Bundesländern verstärkt auftrat, kann in Schleswig-Holstein demnach keine nennenswerte Rolle gespielt haben.

Die Umsatzerlöse wurden im ganzen um 13% gesteigert, eine selbst unter Berücksichtigung der Preiskomponente - die Erzeugerpreise für Industrieprodukte zogen in der Bundesrepublik von 1972 auf 1973 im Durchschnitt um 7% an - noch beachtliche Zuwachsrate. Während auf dem Inlandsmarkt nur knapp 12% höhere Umsätze getätigt wurden als 1972, stieg der Wert der Exporte in Jahresfrist um 21% an. Die Exportquote erhöhte sich dadurch um einen Prozentpunkt auf 17%. Die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter schlug, wie die der Umsätze, mit 13% mehr zu Buche. Dieser Kostenfaktor blieb daher

²) siehe auch Statistische Berichte, Reihen E 11 und E 12

in seiner relativen Dimension mit einem Umsatzanteil von 21,3% konstant.

Die ausreichende Versorgung mit Energie war trotz der Erdöl-Lieferbeschränkungen im Herbst zu jedem Zeitpunkt sichergestellt, wenn auch auf der Grundlage kräftig gestiegener Preise. Der Mehrbedarf gegenüber 1972 (+ 9%) wurde zur Hauptsache aus Kohle gedeckt (+ 35%), aber auch der Heizölverbrauch verzeichnete noch eine Zunahme (+ 5%). Dieser Energieträger behauptete mit einem Anteil von fast 70% seine sichere Vorrangstellung:

	Energieverbrauch			
	1972		1973	
	1 000 t SKE ¹	%	1 000 t SKE ¹	%
Heizöl	1 598	72	1 681	69
Kohle	245	11	332	14
Gas	195	9	202	8
Strom ²	193	9	207	9
Insgesamt	2 231	100	2 422	100

1) Die Steinkohleneinheit (SKE) setzt gleich: 1 000 kg Steinkohle, 714 kg Heizöl, 8 140 kWh Strom und 1 630 cbm Gas (Ho = 4 300 kcal/cbm) 2) ohne von den Betrieben erzeugten Strom (Einsatzstoffe als Heizöl oder Kohle nachgewiesen)

Vergleich mit dem Bund

Die Entwicklungsindikatoren der schleswig-holsteinischen Industrie stimmen mit denen der bundesdeutschen weitgehend überein. Hier wie dort veränderte sich der Beschäftigten-einsatz nicht nennenswert, stiegen die aus-gezahlten Löhne und Gehälter etwa gleich stark an und erhöhten sich auch die Umsätze in der gleichen Größenordnung. Die Zuwachs-rate des Umsatzes mit Inlandskunden fiel allerdings im Bund schwächer aus als in Schleswig-Holstein. Dies dürfte im wesent-lichen aus der unterschiedlichen Struktur der schleswig-holsteinischen und der bundes-deutschen Industrie abzuleiten sein. Die Nach-frage aus dem Inland ging nämlich 1973 im Straßenfahrzeugbau leicht, in der Leder- und Textilindustrie sowie in der diesen Zweigen nachgelagerten Schuh- und Bekleidungsindustrie stärker zurück, in Branchen also, die in unserem Lande gar nicht oder kaum vertreten sind. Die verschiedenartige Industriestruktur - in Schleswig-Holstein spielt beispielsweise die eisenschaffende Industrie nur eine ganz geringe Rolle - und die Ferne des Landes von den Kohlenrevieren sind die Ursachen für eine völlig unterschiedliche Zusammen-setzung des industriellen Energieverbrauchs in Bund und Land. Beiden gemeinsam ist dennoch eine geringe absolute Zunahme und ein relativer Rückgang des Heizölverbrauchs,

dessen Anteil am gesamten Energieverbrauch im Bund (34%) nur halb so groß ist wie im Land (69%).

Ergebnisse für Bereiche und Branchen

Als einziger Bereich verzeichnete die Inve-stitionsgüterindustrie einen geringen Beschäftigtenzuwachs, der entscheidend von der Elektroindustrie (+ 6%) getragen wurde. der Rückgang im Schiffbau (- 7%) muß im Zusammenhang mit dem Anstieg im Stahlbau (+ 14%) gesehen werden; die hier eingetretene Verschiebung ist eine Folge der Reduzierung von Leiharbeitnehmern³. Im Grundstoff-bereich ging die Zahl der in Eisengießereien Tätigen kräftig zurück (- 13%), während die Gummi- und Asbestwerke ihre Belegschaft aufstockten (+ 6%). Größere Veränderungen des Beschäftigtenbestandes traten in folgenden Zweigen des Verbrauchsgütersektors ein: Holzverarbeitung + 8%, Druckereien - 3%, Bekleidungsindustrie - 6%⁴. In der Nah-rungs- und Genußmittelindustrie war der Rückgang im Vergleich zu den anderen Bereichen am stärksten (- 2%), angeführt von der Obst- und Gemüseverarbeitung (- 15%). Demgegenüber registrierte die fleisch-verarbeitende Industrie eine kräftige Zunahme an Beschäftigten (+ 7%).

Die - im Durchschnitt der gesamten Industrie um 13% gestiegenen - Umsätze nahmen im Nahrungsmittelsektor (+ 16%) besonders kräftig zu. Die fleischverarbeitende (+ 18%) sowie die Futtermittel-Industrie (+ 31%) trugen hierzu am meisten bei. Mit einem nur wenig geringeren Umsatzplus schloß der Grund-stoffbereich (+ 15%) das letzte Geschäftsjahr ab, allen Branchen voraus die Mineralöl-verarbeitung (+ 33%), deren Erzeugnisse im letzten Jahr, verglichen mit 1972, um rund 20% teurer geworden sind. Die zu den Investitionsgüterindustrien (+ 12%) zählenden Branchen erreichten die Umsatz-Zuwachsrates der gesamten Industrie nur knapp. Namentlich der Schiffbau (+ 18%) und die Elektrotechnik (+ 16%) konnten ihr Umsatzvolumen beachtlich steigern. Die Verbrauchsgüterindustrien (+ 8%) blieben am deutlichsten hinter der allgemeinen Umsatzentwicklung zurück. Während die Kunststoffverarbeitung (+ 25%) besonders kräftig expandierte, mußte die Bekleidungs-

3) als Auswirkung des im Herbst 1972 in Kraft getretenen Arbeit-nehmerüberlassungsgesetzes, das das gewerbsmäßige Verleihen von Arbeitskräften an Dritte erlaubnispflichtig und von der Erfüllung bestimmter Auflagen abhängig macht

4) Das Ausmaß der Schrumpfung der Bekleidungsindustrie kommt in dem Vergleich der jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenzahlen nur unzureichend zum Ausdruck: Im Dezember 1973 waren nämlich 15 % der vor Jahresfrist in dieser Branche tätigen Personen freigesetzt, in den folgenden Monaten noch mehr

industrie (- 11%) eine empfindliche Umsatzeinbuße hinnehmen. Wirft man einen Blick auf die Auftragssituation, so wird deutlich, daß die Zukunftsaussichten der Bekleidungsbranche pessimistisch beurteilt werden müssen. Das Volumen der Ende 1973 vorliegenden Bestellungen war nämlich um ein Fünftel geringer als vor einem Jahr.

Produktions- und Produktivitätsentwicklung

Während die schleswig-holsteinische Industrie ihre Produktionstätigkeit in den vorangegangenen drei Jahren - nach den auf die Rezession 1966/67 folgenden hohen Zuwachsraten der Jahre 1968 und 1969 - nur noch in bescheidenem Maße hatte steigern können (im Durchschnitt um 3%, 1972 aber nur noch um gut 1%), schloß sie 1973 im Vorjahresvergleich wieder mit einer stattlichen Zunahme der erzeugten Gütermenge ab. Der Produktionsanstieg um 7% ist deshalb besonders bemerkenswert, weil er trotz der eingangs erwähnten widrigen Umstände und ohne den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte realisiert wurde. Ohne die unsere internationale Wettbewerbssituation günstig beeinflussende Preisentwicklung auf den Auslandsmärkten, die eine stark expansive Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten auslöste, und ohne eine weitsichtige Investitionspolitik der Unternehmen, die ihre Produktionskapazitäten ausweiteten, wäre eine so kräftige Steigerung der Gütererzeugung jedenfalls nicht denkbar gewesen. Der vergleichbare Leistungsanstieg der bundesdeutschen Industrie (+ 7,6%) wurde in Schleswig-Holstein nicht ganz erreicht.

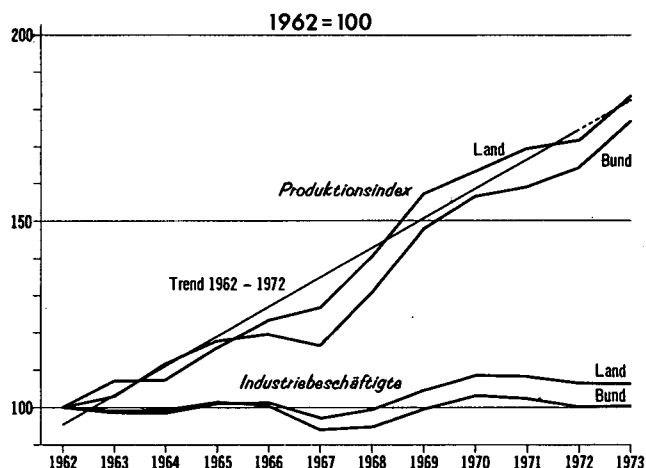
Entwicklung der industriellen Produktion
in Schleswig-Holstein und im Bund seit 1962

	Schleswig-Holstein		Bund	
	Stand	Veränderung gegen Vorjahr %	Stand	Veränderung gegen Vorjahr %
1962	100		100	
1963	107,1	+ 7,1	103,1	+ 3,1
1964	107,4	+ 0,3	111,7	+ 8,3
1965	116,0	+ 8,0	117,9	+ 5,6
1966	123,3	+ 6,3	119,6	+ 1,4
1967	126,8	+ 2,8	116,6	- 2,5
1968	140,3	+ 10,6	130,7	+ 12,1
1969	157,2	+ 12,0	147,9	+ 13,2
1970	163,2	+ 3,8	156,5	+ 5,8
1971	169,4	+ 3,8	159,0	+ 1,6
1972	171,6	+ 1,3	164,1	+ 3,2
1973	183,6	+ 7,0	176,6	+ 7,6

Der für das Jahr 1973 ermittelte Index liegt, wie aus dem Bild ersichtlich, knapp oberhalb der langfristigen Trendlinie, die für den Zeitraum 1962 bis 1972 errechnet und bis 1973 gradlinig fortgeführt wurde.

Industrielle Produktions- und Beschäftigtenentwicklung in Schleswig-Holstein und im Bund

D - 4595



Innerhalb des Berichtsjahres folgte die Kurve im wesentlichen dem saisonüblichen Verlauf. Ausschläge gab es lediglich im Juli/August - infolge verstärkt eingeführter und zeitlich vorverlegter Betriebsferien - sowie im Herbst 1973, in dem wohl aufgrund einer Verunsicherung durch die drohende Energiekrise die Produktion partiell eingeschränkt wurde. Daß die Zuwachsrate im 4. Vierteljahr mit noch nicht einmal 4% nur etwa halb so groß war wie im Jahresdurchschnitt, findet eine weitere Erklärung in der konjunkturellen Aufwärtsbewegung selbst, die bereits im Herbst 1972 eingesetzt und den Index schon auf ein recht hohes Niveau gebracht hatte.

Entwicklung der industriellen Produktion in Schleswig-Holstein
- Index: 1962 = 100 -

	1972	1973	Zunahme gegen Vorjahr in %
1. Vierteljahr	158,7	173,6	9,4
2. "	180,6	191,8	6,2
3. "	157,7	170,5	8,1
4. "	185,8	192,6	3,7
Jahresdurchschnitt ¹	171,6	183,6	7,0

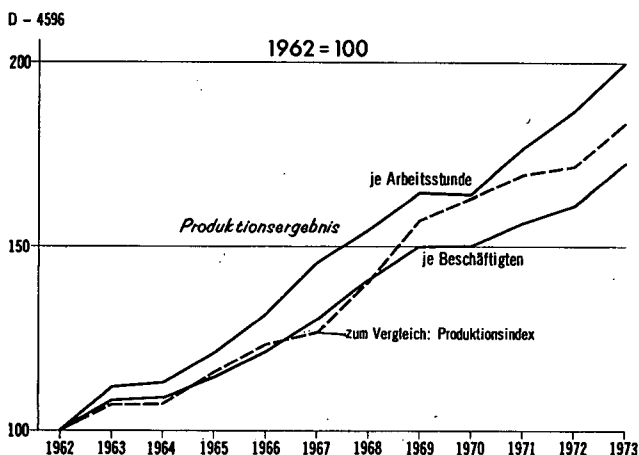
1) Dem Jahresdurchschnitt liegen die endgültigen Produktionsmeldungen der Betriebe zugrunde, den Vierteljahresergebnissen die - vorläufigen - monatlichen Eilberichte

Seit 1962, dem Basisjahr des Produktionsindex, hat die Gütererzeugung kontinuierlich zugenommen. Im abgeschlossenen Jahr wurden insgesamt 84% mehr Industrieprodukte hergestellt als vor elf Jahren. Um dieses bemerkenswerte Ergebnis zu erreichen, waren nur 6% Industriebeschäftigte mehr nötig als 1962. Hinter diesen Zahlen steht eine erhebliche Zunahme der Effektivität des Faktors

"Arbeit". Sie kommt unmittelbar zum Ausdruck, wenn man den Produktionsindex anhand der Zahl der in den Betrieben tätigen Personen relativiert: das Produktionsergebnis je Beschäftigten hat sich im Beobachtungszeitraum um 73% erhöht (Bund: + 76%)⁵, im letzten Jahr - wie im Bund - um 7%.

Noch stärker erscheint das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität, wenn man der Berechnung statt der Beschäftigten die Arbeiterstunden zugrunde legt. Das je Arbeiterstunde erzielte Produktionsergebnis konnte in elf Jahren verdoppelt werden (Bund: + 106%); es stieg in Jahresfrist um 7% an (Bund: + 8%). Zur Erklärung ist an dieser Stelle anzumerken, daß die laufende Modernisierung der Produktionsanlagen zwar zunehmend Arbeiter minderer Qualifikation aus den Betrieben verdrängt, dafür aber andererseits zur Einstellung von Angestellten mit fundiertem technischen Wissen nötigt⁶, deren Tätigkeit in der Bezugsgröße "Arbeiterstunden" keinen Niederschlag findet.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie



Der Produktionsindex stieg in den einzelnen Warenbereichen unterschiedlich stark an. Von allen Bereichen am kräftigsten expandierte die Grundstoffproduktion (+ 12%). Dies ist für die Konjunkturlage ebenso bezeichnend

wie die Tatsache, daß die Zuwachsraten um so geringer werden, je mehr sich die Erzeugnisse dem unmittelbaren Konsum nähern:

Investitionsgüter	+ 7 %
Verbrauchsgüter	+ 6 %
Nahrungs- und Genußmittel	+ 4 %

Auf dem Grundstoffsektor waren es insbesondere chemische Erzeugnisse (+ 18%) sowie Gummi- und Asbestwaren (+ 20%), die den starken Anstieg herbeiführten. Hätten nicht gezielte konjunkturpolitische Maßnahmen, die das Baugeschehen einschränkten, zwangsläufig die Baustoffproduktion gedrosselt (Steine und Erden: - 7%), dann wäre das Wachstum noch stärker ausgefallen.

Im Investitionsgüterbereich wurde in fast allen bedeutenden Zweigen eine Zunahme registriert. Das größte Gewicht hatten hier Erzeugnisse der Elektrotechnik (+ 7%). Auch der für unser Land so wichtige Schiffbau (+ 5%) meldete erhöhte Produktionstätigkeit, die wegen zunehmender Vergabe von Werkaufträgen an Unternehmen des Stahlbaues (+ 24%) im Index nicht voll zum Ausdruck kommt. Der Ausstoß von Erzeugnissen des Maschinenbaues stagnierte auf dem Vorjahresstand; dies dürfte als Folge des oben schon mehrfach erwähnten Einbruchs auf dem Bau-sektor zu werten sein, der die Nachfrage nach Baumaschinen absinken ließ.

Der entscheidende Impuls für die Ausweitung der Verbrauchsgüter-Produktion ging von den Kunststoffserzeugnissen aus (+ 22%). Während die Herstellung von Textilien (+ 12%) kräftig ausgeweitet wurde, stand die Entwicklung in der Bekleidungsindustrie (- 11%) ganz im Zeichen anhaltender und sich verschärfender Produktionseinschränkung.

Am differenziertesten verhielt sich der Nahrungsmittelbereich. Neben einer Reihe kontraktiver Produktionszweige, wie Mühlen sowie Obst- und Gemüseverarbeitung, gibt es auch Branchen mit zum Teil ansehnlichen Zuwachsraten:

Spirituosen	+ 9 %
Futtermittel	+ 7 %
Fleisch und Fleischwaren	+ 7 %
Milch und Milcherzeugnisse	+ 3 %

Hermann Egge

5) Bundeszahlen siehe: "Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie 1973" in "Wirtschaft und Statistik" Heft 4/74, S. 269 ff.

6) siehe hierzu: "Mehr Fachkräfte, weniger Hilfsarbeiter in der Industrie" in dieser Zeitschrift 1973, S. 230 ff.

Vergleiche auch: "Beschäftigte und Umsatz der Industrie 1973" und "Industrielle Produktion 1973" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 98 und 102 (Februar)

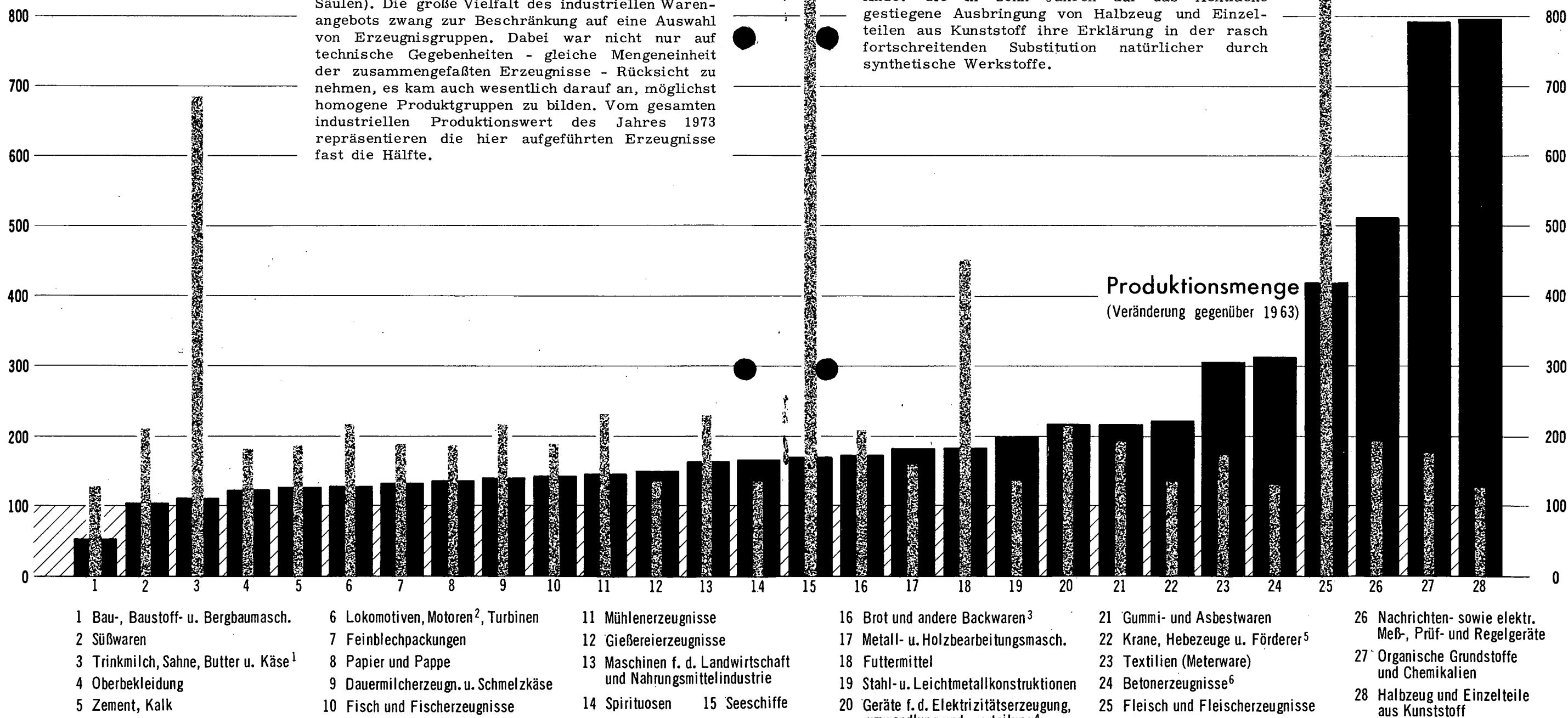
ZUR INDUSTRIELLEN PRODUKTION 1973

Verkaufswert 1973
in Millionen DM

Änderung der Produktionsmenge ausgewählter Industrieprodukte 1963/73
und ihr Verkaufswert 1973

D - 4597

Produktionsmenge 1973
1963 = 100



1973 wurden von der schleswig-holsteinischen Industrie der Menge nach sieben Zehntel mehr Erzeugnisse produziert als vor zehn Jahren.

Das Bild will eine konkrete Vorstellung darüber vermitteln, welches ihre wichtigsten - gemessen am Verkaufswert - Produkte sind (gerasterte Säulen) und in welchen Warenbereichen diese enorme Produktionsausweitung sich vollzogen hat (schwarze Säulen). Die große Vielfalt des industriellen Warenangebots zwang zur Beschränkung auf eine Auswahl von Erzeugnisgruppen. Dabei war nicht nur auf technische Gegebenheiten - gleiche Mengeneinheit der zusammengefaßten Erzeugnisse - Rücksicht zu nehmen, es kam auch wesentlich darauf an, möglichst homogene Produktgruppen zu bilden. Vom gesamten industriellen Produktionswert des Jahres 1973 repräsentieren die hier aufgeführten Erzeugnisse fast die Hälfte.

Zu den Veränderungen haben die unterschiedlichsten Ursachen beigetragen. Die um 70% erhöhte Ausbringung von Brot und anderen Backwaren beispielsweise (sie entspricht der Produktionszunahme im Gesamtdurchschnitt) ist sicherlich eine Folge des Übergangs von handwerklich betriebenen, also nicht in der Industriestatistik erscheinenden Backstuben zu industriellen Großbäckereien. Demgegenüber findet die in zehn Jahren auf das Achtfache gestiegene Ausbringung von Halbzeug und Einzelteilen aus Kunststoff ihre Erklärung in der rasch fortschreitenden Substitution natürlicher durch synthetische Werkstoffe.

1) ohne Sauermilch- und Schmelzkäse

2) ohne E-Motoren sowie solche für Straßen- und Luftfahrzeuge

3) ohne Dauerbackwaren

4) auch Kabel und Leitungen

5) ohne solche für die Bauwirtschaft

6) ohne solche für den Hochbau

Über den Preisindex für die Lebenshaltung

Angesichts des Kaufkraftschwundes der Deutschen Mark wird immer häufiger die Frage gestellt, um wieviel Prozent die Preise schon wieder gestiegen sind. Kaufkraftänderungen des Geldes können nur an der Veränderung der Güterpreise gemessen werden. Steigende Güterpreise bedeuten sinkende Kaufkraft.

Wie der Preisindex für die Lebenshaltung zeigt, ist das Preisniveau von 1962 bis Dezember 1970 um ein Viertel gestiegen, d.h. von 1962 = 100 auf 1970 = rund 125 Punkte. Haushalte also, die 1962 ihren monatlichen Bedarf z. B. mit 1 000 DM deckten, mußten Ende 1970 1 250 DM ausgeben, wenn sie sich dasselbe leisten wollten.

Das bedeutet aber, daß die binnenwirtschaftliche Kaufkraft der DM im Jahre 1970, gemessen an 1962, um ein Fünftel gesunken war, denn 1 250 DM waren 1970 nur soviel wert wie im Jahre 1962 1 000 DM. Nachdem Ende 1973 die Preise im Schnitt um die Hälfte höher lagen als 1962, hat die Deutsche Mark auf dem Inlandsmarkt bereits ein Drittel des Wertes eingebüßt, den sie 1962 hatte.

Allerdings sind nicht alle Güterpreise gleichmäßig gestiegen. Einzelne Güter und Gütergruppen haben sich mehr, andere weniger verteuert, und im gleichen Zeitraum sind verschiedene Warenpreise sogar gefallen. Zu den Preisen, die exorbitant gestiegen sind, gehören vornehmlich die Wohnungsmieten, die Dienstleistungen wie Krankenhausaufenthalt, Inspektion des PKW, Friseurleistungen, Reparaturen, Eintrittskarten für Kino und Fußball sowie die öffentlichen Tarife für Wasser, Brief-, Paket- und Zahlungsverkehr und für Verkehrsmittel. Dagegen sind elektrische Haushaltsmaschinen, Foto- und Kinoapparate, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte sowie Kunststoffserzeugnisse billiger geworden.

Obwohl also die Preisänderungen sehr unterschiedlich verlaufen und durchaus nicht "alles immer teurer wird", ist die Frage nach der Höhe des Preisanstiegs in der Regel so gemeint, daß der Statistiker den sehr differenzierten und in seinen Teilen vielfach gegenläufigen Vorgang der Preisentwicklung mit einer einfachen und eindeutigen Aussage beantworten soll. Er versucht es, indem er einen Index der Verbraucherpreise oder, wie er herkömmlicherweise genannt wird, den Preisindex für die Lebenshaltung privater Haushalte berechnet und veröffentlicht¹.

1) Vergleiche die Ausführungen von S. Guckes "Zur Neuberechnung der Preisindizes auf Basis 1970" und von Dr. Rasch "Die Preisindizes für die Lebenshaltung auf Basis 1970" in Wirtschaft und Statistik 1973/12

Gewinnung des Preismaterials

Auf welchem Wege gelangt nun die amtliche Statistik zu dieser einen Zahl?

Zunächst müssen die Verbraucherpreise, d.h. die Preise des gesamten Einzelhandels, die Preise von Handwerks- und Dienstleistungen aller Art, soweit sie im privaten Bereich der Verbraucher vorkommen, die Preise von Bus, Bahn und Post, die Preise des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Wärme, Abwässer und Müllabfuhr ermittelt werden.

Selbstverständlich ist es aber personell, finanziell, technisch und zeitlich unmöglich, alle Waren- und Leistungspreise an allen Orten, in allen Geschäften zu dicht aufeinander folgenden Zeitpunkten zu ermitteln und auszuwerten. Weil sie in die Millionen gehen, bleibt nichts anderes übrig, als eine Auswahl unter den Warenarten, den Geschäften und Betrieben und unter den Gemeinden zu treffen und so die Erhebung erst durchführbar zu machen.

Natürlich versucht man, die Auswahl möglichst repräsentativ vorzunehmen und die Zeitpunkte der Preisermittlungen möglichst dicht aufeinander folgen zu lassen.

So werden im ganzen Bundesgebiet 119 Gemeinden, davon 10 in Schleswig-Holstein, zur Preisberichterstattung herangezogen, die der effektiven Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Länder- und Gemeindegrößen weitgehend entsprechen.

Von den zahllosen Produkten in- und ausländischer Provenienz werden die Waren mit der größten Umsatzbedeutung als Preisrepräsentanten ausgewählt. Die Qualität der Waren wird so festgelegt, daß sie eine gängige Sorte betrifft; Luxusartikel scheiden aus. Der Warenkatalog wird im Abstand von 4 bis 5 Jahren dem ständigen Wandel der Verbrauchsgewohnheiten angepaßt.

Da die Verbraucherpreise entsprechend den verschiedenen Betriebsformen des Einzelhandels differieren, werden, soweit vorhanden, für jeden Betriebstyp Berichtsbetriebe ausgewählt. Zu den gut 1 000 Berichtsstellen in Schleswig-Holstein gehören Warenhäuser, Kleinpreisunternehmen, Verbrauchermärkte und Ladengeschäfte. Unter den letzteren sind sowohl Filialunternehmen und Konsumgenossenschaften als auch die in Einkaufsgenossenschaften oder freiwilligen Ketten organisierten und die nicht organisierten Einzelhändler vertreten. Die Preise des Versandhandels werden neuerdings auch in

die Preisermittlung einbezogen, doch sind dafür in Schleswig-Holstein keine Berichtsstellen ausgewählt.

Trotz ständiger Bemühungen um Einengung des Waren- und Leistungskatalogs beläuft sich die Gesamtzahl der von den Statistischen Landesämtern bei allen Berichtsstellen ermittelten und vom Statistischen Bundesamt monatlich zum Preisindex für die Lebenshaltung verarbeiteten Einzelpreise auf über 200 000.

Es dürfte auch dem Laien klar sein, daß diese Art der Preisermittlung viele Fehlerisiken in sich birgt, die den Sicherheitsgrad der preisstatistischen Aussage mindern. Das Auswahlverfahren von Ort, Geschäft und Ware stellt keine zufallsgesteuerte Stichprobe im Sinne statistischer Verfahrenstechnik dar, exakte Fehlerspannen können also nicht ermittelt werden. Durch den mehr oder weniger großen zeitlichen Abstand von Erhebung zu Erhebung - je nach Waren- und Leistungsart werden die Preise 14tägig, monatlich und vierteljährlich ermittelt - wird der Statistiker auch immer nur verspätet über Markt- und Preisveränderungen unterrichtet sein. Und schließlich können Änderungen des Güterangebots oder der Preise nur unvollständig erfaßt werden, denn mit dem raschen Anwachsen des Informationsbedürfnisses und dem folglich immer dichter werdenden Netzwerk der Statistik hat die Berichtswilligkeit der Wirtschaft nachgelassen.

Fehler aber, die sich schon in die Ausgangsdaten einschleichen, können durch noch so gute Wägungsschemata oder Indexformeln nicht mehr beseitigt werden. Deshalb bekommen Auswahl und Schulung der ehrenamtlichen Preisermittler und der Sachbearbeiter immer stärkere Bedeutung. Durch Schulungstagungen und Besuche in den Gemeinden versuchen die Statistischen Landesämter Mitarbeiter heranzubilden, die auf Grund guter Kenntnis der Ermittlungsrichtlinien und des Warenangebots imstande sind, von sich aus zweckdienliche und hochwertige Preisermittlung zu betreiben.

An der Diskrepanz zwischen Finanz- und Personalausstattung einerseits und Arbeitsanfall andererseits scheitert bisher die von vielen Seiten geforderte Aktualisierung und Regionalisierung der amtlichen Preisstatistik. Regionale Preisvergleiche innerhalb größerer Bereiche (z. B. Nord und Süd) oder innerhalb einzelner Gemeinden - die noch dazu kurzfristig angestellt werden müßten, wenn die absoluten Preise aktuell sein und der Wirtschaft und den Verbrauchern nützen sollen - würden eine Vervielfachung des statistischen Mitarbeiterstabes notwendig machen.

Indexformel

Mit der Bereitstellung des trotz aller Beschränkung immer noch breit gefächerten Preismaterials ist jedoch nur der erste Schritt auf dem Wege zum Index der Verbraucherpreise getan. Es muß nun aus der Vielzahl der Preise oder ihrer Meßzahlen - die Meßzahl stellt bereits eine erste Zusammenfassung von Preisen dar, durch die allerdings im Gegensatz zur Indexzahl nur Preise gleichartiger Waren oder Leistungen auf einen Nenner gebracht werden - ein Durchschnitt gebildet werden. Denn ein Preisindex soll das Verhältnis des Preisdurchschnitts in der Berichtszeit zu dem in der Basiszeit angeben.

Würden wir nur die ermittelten Preise oder die errechneten Preismeßzahlen addieren und das Ergebnis durch die Zahl der addierten Preise oder Preismeßzahlen dividieren, so hätten wir nichts anderes getan als der Italiener Carli, der sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Aufgabe gestellt hatte, die durchschnittliche Preiserhöhung vom Jahre 1500 bis zum Jahre 1750 zu errechnen und durch eine einzige Zahl auszudrücken. Er ermittelte Preise und Meßzahlen für Wein, Weizen und Öl im Ablauf der Jahre und bildete den Durchschnitt daraus, ohne die unterschiedliche wirtschaftliche Bedeutung dieser drei Waren zu berücksichtigen.

Bei der Berechnung unseres heutigen Preisindex für die Lebenshaltung werden die Preismeßzahlen der einzelnen ausgewählten Waren und Leistungen mit den verbrauchten Mengen gewichtet. Genauer gesagt: es wird der Verbrauch der einzelnen Güter im Basisjahr nach Menge und Qualität ermittelt und in DM bewertet. Sodann werden daraus Gewichtungsfaktoren gebildet, mit denen die Preismeßzahlen multipliziert werden. Auf diese Weise wird statt eines ungewogenen ein gewogener Preisdurchschnitt errechnet und die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Waren und Dienstleistungen für die Lebenshaltung angemessen zur Geltung gebracht.

Dabei kann man sich für die verbrauchten Mengen im Basisjahr oder im Berichtsjahr entscheiden. Beide Verfahren werden nach deutschen Statistikern genannt, das eine nach Laspeyres, das andere nach Paasche. Die amtliche Statistik hat sich grundsätzlich für die Laspeyres'sche Indexformel entschieden und legt den jeweiligen Güterpreisen die Verbrauchsmengen eines festen Basisjahres zugrunde, weil neue Mengenansätze von den verfügbaren Kräften nicht in allen Details jährlich ermittelt werden können.

Allerdings werden im Statistischen Bundesamt von Zeit zu Zeit Kontrollrechnungen nach dem Verfahren von Paasche vorgenommen, d. h. es werden die Warenpreise mit den verbrauchten Warenmengen des jeweiligen Berichtsjahres gewichtet. Weichen die Ergebnisse beider Verfahren stärker voneinander ab, so erscheint die Einführung eines neuen Verbrauchsmengenschemas und Basisjahres angezeigt. Es haben sich dann nämlich die Verbrauchsgewohnheiten gegenüber dem Verbrauchsschema oder Warenkorb des letzten geltenden Basisjahres geändert. Wenn z. B. der Verbrauch von Waren mit geringerem Preisanstieg im Laufe der Berichtszeit stärker zugenommen hat als der Verbrauch der übrigen Waren, bleibt der nach Paasche errechnete Indexanstieg hinter dem anderen zurück, dem noch immer der konstante Verbrauch des Basisjahres zugrunde liegt. Der Laspeyres'sche Index entfernt sich also immer mehr von der Realität und muß korrigiert werden.

Es entsteht nun die Frage, wie das zur Indexbildung unentbehrliche Verbrauchsmengenschema gewonnen werden soll. Wieviel Brot wurde z. B. im Basisjahr verbraucht, wieviel Butter dazu und wie viele Teller? Wie oft werden die Dienste des Friseurs, der Post und der Bahn in Anspruch genommen?

Indexhaushalte

Die Struktur der Lebenshaltung ist von Haushalt zu Haushalt verschieden. Sie hängt vornehmlich von der Haushaltsgröße, der geschlechts- und altersmäßigen Zusammensetzung und dem Haushaltseinkommen ab. Dementsprechend sind die Verbrauchsmengen der einzelnen Haushalte unterschiedlich. Es bleibt dem Statistiker daher auch hier nur der Ausweg der Vereinfachung: er bildet sogenannte Indexhaushalte, die aufgrund der Volks- und Berufszählungsergebnisse als typische bundesdeutsche Haushalte angesehen werden können.

Es handelt sich zunächst um drei Verbrauchergruppen, eine gehobene, eine mittlere und eine untere, deren Haushaltsvorstände in abhängiger Stellung als Beamte, Angestellte oder Arbeiter tätig oder in der unteren Gruppe Rentner oder Sozialhilfeempfänger sind, und deren Einkommen jeweils innerhalb bestimmter Grenzen liegt.

Für diese Gruppen ermittelt man mit Hilfe der sogenannten Wirtschaftsrechnungen in 900 bis 1 000 privaten Haushalten, die bereit sind, mindestens ein Jahr lang ihre täglichen Einnahmen und Ausgaben anzuschreiben und dafür ein Entgelt erhalten, Menge und Wert ihrer sämtlichen Einkäufe innerhalb eines

Indexhaushalt (berechnet seit)	Haushalts- mitglieder	Monatliche Verbrauchs- ausgaben in DM		Zahl der im Index berück- sichtigten Güter	
		1962	1970	1962	1970
Alle privaten Haushalte (1962)	2 Erwachs. 0,7 Kinder	740	1 294	879	899
von Angestellten- und Beamtenhaushalten mit höherem Einkommen ¹ (1962)	2 Erwachs. 2 Kinder ²	1 528	1 996	798	882
von Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen ^{1 3} (1948)	2 Erwachs. 2 Kinder ²	742	1 157	521	864
von Renten- und Sozial- hilfeempfänger- haushalten (1957)	2 ältere Erwachs.	310	532	448	675

1) städtische Haushalte 2) darunter mindestens ein Kind unter 15 Jahren 3) Haushaltsvorstand ist Alleinverdiener

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1973/12, S. 694

Kalenderjahres. Auf diese Art läßt sich errechnen, welcher Stellenwert den einzelnen Gütern im Rahmen des Gesamtverbrauchs jedes Haushaltstyps zukommt.

Die Kenntnis des Verbrauchs in den Modellhaushalten wird ergänzt durch die Ergebnisse der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die bei 0,2 bis 0,25 Prozent aller Haushalte im Bundesgebiet durchgeführt werden und bisher in den Jahren 1962, 1969 und 1973 stattgefunden haben.

Wägungsschema

Um das Ausmaß der Berechnungen zu begrenzen, wird unter den verbrauchten Waren und Dienstleistungen wiederum eine Auswahl getroffen. Die Möglichkeit zur Begrenzung des Warenkorbes ergibt sich von selbst, da wir es nur mit Haushalten von Normalverdienern und -verbrauchern zu tun haben. In diesen Haushalten interessieren alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, angefangen von Brot, Seife, Schuhen und Strom bis hin zum Kraftfahrzeug und Kühlschrank, nicht dagegen Luxusartikel, Kunstgegenstände, wertvoller Schmuck und andere ausgefallene Dinge.

So ergeben sich letzten Endes drei Verbrauchsmengen-Schemata, auch Wägungsschemata oder Warenkörbe genannt, in die je nach Haushaltstyp zwischen 680 und 880 Güterpositionen einbezogen sind.

Die bisher erwähnten, vom Statistischen Bundesamt errechneten drei Preisindizes für die Lebenshaltung sind 1969 um den Preisindex aller privaten Haushalte vermehrt worden.

Seine Bezeichnung ist aber nicht ganz zutreffend, weil auch er nicht die Haushalte von Beziehern größerer Einkommen einschließt; immerhin umfaßt er aber zusätzlich die Haushalte von Selbständigen und freiberuflich Tätigen. Sein Warenkorb beinhaltet rund 900 Waren und Leistungen.

Er ist somit der umfassendste, an dem sich neuerdings die Mehrzahl der Benutzer von Preisindices in Politik und Wissenschaft, in Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften sowie im privaten Rechtsverkehr (zur Sicherung der Wertbeständigkeit wiederkehrender Leistungen) orientiert, während vordem infolge seiner längeren Zeitreihen der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen im Vordergrund des Interesses stand.

Dieser Warenkorb für alle privaten Haushalte ist heute beispielsweise zu einem Drittel mit Nahrungs- und Genußmitteln, zu je etwa einem Zehntel mit Kleidung und Schuhen sowie mit Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke (insbesondere für das Kraftfahrzeug) und Nachrichtenübermittlung (Fernsprech- und Postgebühren) gefüllt. Einen geringeren Raum nehmen jeweils Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege, für Bildungs- und Unterhaltungszwecke sowie für die persönliche Ausstattung ein. Schließlich entfallen von den 1 000 Einheiten des gesamten Warenkorbbinhalts, d.h. des Gesamtverbrauchs in einem solchen Modellhaushalt, noch 46 Teile auf Elektrizität, Gas und Brennstoffe, 114 Teile auf Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung und 126 Teile auf die Wohnungsmiete. Die zweite Tabelle zeigt die

Wägungsanteile der Hauptgruppen bei den vier Indices 1962 und 1970.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Verbrauchsstrukturen der speziellen Haushaltstypen entsprechend der unterschiedlichen personellen Zusammensetzung und den unterschiedlichen Einkommensgrenzen von dem Warenkorb aller privaten Haushalte abweichen und auch untereinander variieren. So beträgt der Anteil für Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung beim 4-Personenhaushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen 142 von Tausend, beim 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen 102 und beim 2-Personenhaushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern nur 38.

Was insbesondere den Einfluß des Haushaltseinkommens auf die Lebenshaltung betrifft, haben die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben gezeigt, daß die von Schwab und Engel im vorigen Jahrhundert erkannten Gesetzmäßigkeiten noch immer Gültigkeit haben, wonach die Anteile der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel sowie für Wohnungsmiete an den Gesamtausgaben eines Haushalts um so größer sind, je niedriger sein Einkommen ist.

Neben den genannten vier Indices wird seit 1962 ein Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes berechnet, der jedoch nicht auf tatsächlichen Verbrauchsbeobachtungen, sondern auf vorgegebenen Verbrauchsmengen beruht.

Da die in der ersten Tabelle angegebenen Kriterien der vier ausgewiesenen Preisindices für die Lebenshaltung nur selten genau auf die zur Beurteilung anstehenden Verhältnisse

Anteile der Hauptgruppen an den Warenkörben 1962 und 1970 – in ‰

Hauptgruppe	Alle privaten Haushalte		4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen		2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern	
	1962	1970	1962	1970	1962	1970	1962	1970
Nahrungs- und Genußmittel	398	333	306	267	440	368	528	438
Kleidung, Schuhe	120	101	107	100	120	102	72	70
Wohnungsmiete	110	126	107	131	94	146	141	199
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	41	46	38	35	46	44	75	75
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	117	114	107	97	110	85	83	80
Waren und Dienstleistungen für								
Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	77	105	163	142	62	102	23	38
die Körper- und Gesundheitspflege	34	40	47	61	31	34	29	35
Bildungs- und Unterhaltungszwecke	64	61	75	79	63	69	36	43
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren u. Dienstleistungen	38	74	50	88	35	50	13	22
Gesamtlebenshaltung	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1973/12, S. 695

der Benutzer von Indexzahlen passen, muß man sich von vornherein darüber im klaren sein, daß sie für den konkreten Fall nur Annäherungswerte bieten können. Immerhin ist die Darstellung der Preisbewegungen mittels des Durchschnittsverbrauchs einiger weniger Verbrauchergruppen einer verwirrenden Vielfalt von Indices verschiedenartigster Haushaltstypen vorzuziehen.

Wer unbedingt einen auf die persönlichen Verhältnisse zugeschnittenen Preisindex wünscht, kann ihn sich selbst errechnen, indem er sich aus den oben genannten neun Hauptgruppen von Waren und Dienstleistungen und deren Untergruppen ein eigenes Wägungsschema zusammenstellt. Die unterschiedliche Preisentwicklung in den einzelnen Gütergruppen geht dann in ihrer spezifischen Bedeutung für den Haushalt in den Preisindex ein.

Um vorhandene regionale Unterschiede in der Preisentwicklung berücksichtigen und zum Ausdruck bringen zu können, berechnen die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland eigene Preisindices für die Lebenshaltung. Schleswig-Holstein erstellt keinen eigenen Index, weil es sich im Laufe früherer Jahre herausgestellt hat, daß die Abweichung gegenüber dem Bundesindex nur geringfügig ist; es übernimmt daher die vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet berechneten Indices.

Basisjahr

Wie liest man nun einen Index? Was bedeutet es z. B., daß der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes im April 1974 auf 125,2 stand? Wir wissen, daß der Preisindex nichts über die absolute Preishöhe, sondern einzig etwas über die zeitliche Veränderung von Durchschnittspreisen aussagen soll. Änderungen kann man aber nur messen, wenn man einen Bezugspunkt hat. Dieser Bezugspunkt ist der durchschnittliche Preisstand im Basisjahr. Der Einfachheit halber wählt man für diesen Preisstand die Indexzahl 100. Zum letzten Mal wurde die Indexzahl 100 für die Preis- und Verbrauchsverhältnisse des Jahres 1970 verwendet. Steht also der Preisindex im April 1974 auf 125,2, so heißt das, daß der Preispegel gegenüber dem Bezugspunkt des Basisjahres 1970 um 25,2% gestiegen ist.

Von der amtlichen Statistik sind bisher außer 1970 die Jahre 1913/14, 1938, 1950, 1958 und 1962 zu Basisjahren gemacht worden. Man hat

also die Preis- und Verbrauchsverhältnisse dieser Jahre jeweils gleich 100 gesetzt und daran die monatliche und jährliche Preisentwicklung gemessen. Je nachdem, ob nun die Indexreihe 1970, 1962, 1958, 1950 oder 1938 beginnt, hat der Index im April 1974 den Stand von 125,2; 152,8; 164,8; 193,9 oder 302,6 erreicht. Die Lebenshaltung hat sich somit - allein von den Preisen her gesehen - gegenüber 1970 um 25,2%, gegenüber 1962 um 52,8%, gegenüber 1958 um 64,8%, gegenüber 1950 um 93,9 und gegenüber 1938 um 202,6% verteuert.

Will man Preisänderungen gegenüber einem Zeitpunkt messen, der zwischen den Basisjahren liegt, steht die Ausgangszahl 100 dafür nicht zur Verfügung, d. h. man kann nicht mehr ohne weiteres in Prozenten rechnen. Die Differenz, die sich zwischen dem Indexstand im Ausgangspunkt der Berechnung und einem späteren Zeitpunkt ergibt, stellt lediglich eine Veränderung nach Indexpunkten dar. Diese entspricht nicht der Veränderung in Prozent. Will man in einem solchen Fall die Veränderung in Prozent wissen, weil sich z. B. laut Vertrag die Anpassung fortlaufender Zahlungen nach der prozentualen Veränderung des Index richten soll, muß zur Umwandlung von Punkten in Prozent folgende Formel angewendet werden:

$$\left(\frac{\text{neuer Wert}}{\text{alter Wert}} \times 100 \right) - 100$$

Für Januar 1968 lag z. B. der Preisindex aller privaten Haushalte (1970 = 100) bei 94,7 und für Januar 1973 bei 115,2. Nach der oben genannten Formel hieße das: $115,2 : 94,7 = 1,216$ mal 100 = 121,6. Durch Abzug von 100 Punkten verbleibt dann ein Rest von 21,6, der der prozentualen Veränderung des Index zwischen Januar 1968 und Januar 1973 entspricht. Die Indexveränderung in Punkten gemessen beträgt dagegen lediglich 20,5 (115,2 - 94,7).

Alle früheren Indexreihen zeigen je nach Basisjahr verständlicherweise ein unterschiedliches Niveau und liefern unterschiedliche Werte, wenn man die Veränderung zwischen zwei Zeitpunkten durch Subtraktion der Indexwerte mißt (Indexveränderung in Punkten). Wenn man aber die Indexwerte für zwei Zeitpunkte durcheinander dividiert, d. h. die Indexveränderung in Prozenten mißt, führen alle Reihen, von möglichen Rundungsdifferenzen abgesehen, trotz des Niveauunterschiedes zum gleichen Ergebnis.

Die Jahresindexzahlen sind einfache arithmetische Mittel aus den Monatsindices, die Monatsindices beziehen sich jeweils auf den Preisstand von Monatsmitte. Es dürfte nach

der vorangegangenen Schilderung des langwierigen Entstehungsprozesses von Indexziffern verständlich sein, daß die Indexzahlen eines bestimmten Monats erst etwa um die Mitte des folgenden Monats vorliegen und bekanntgemacht werden können. Eine Beschleunigung könnte nur durch weitere Vereinfachungen und Vergrößerungen und damit durch Verminderung der Aussagekraft von Indexzahlen erkauft werden.

Die Wahl des Basisjahres ist im allgemeinen eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Das Basisjahr 1970 geht auf eine Vereinbarung über die Einführung eines gemeinsamen Basisjahres in den EG-Ländern zurück. Je nachdem, welches Basisjahr gewählt wird, liegt der Indexberechnung ein höheres oder niedrigeres Ausgangsniveau der Preise zugrunde, was aber den Grundzug der zeitlichen Entwicklung der Indexreihe nicht berührt. Nur wenn zwei oder mehrere Indexreihen zum Zwecke des Kaufkraftvergleichs miteinander verglichen werden, z. B. der Preisindex für die Lebenshaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, kann die Wahl des Basisjahres zu unterschiedlicher Beurteilung oder zu Mißverständnissen führen. Dies und die Tatsache, daß Methoden und Technik der Preisermittlung und Indexberechnung von Land zu Land abweichen können, sollte bei vergleichender Interpretation von Indexzahlen bedacht werden.

Indexumstellung

Sobald die oben erwähnten Kontrollrechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, daß die nach der Laspeyres'schen Indexformel errechneten Preisindizes die Preisentwicklung nicht mehr zutreffend wiedergeben, weil sich die Verbrauchsverhältnisse in den Haushalten geändert haben, müssen neue Verbrauchsschemata gebildet werden. Natürlich wird nicht jede kleine Veränderung zum Anlaß für die Erstellung eines neuen Warenkorbes genommen, es wird vielmehr abgewartet, bis die Abweichung zwischen beiden Rechnungsarten so groß geworden ist, daß die Beibehaltung eines unveränderten Warenkorbes nicht länger vertretbar erscheint. Bei der Änderung ist auch deshalb Zurückhaltung geboten, weil mit dem neuen Warenkorb die Kontinuität der Indexreihe unterbrochen wird. Hier zeigt sich, daß in der Statistik die Forderung nach möglichst guter Übereinstimmung mit der Wirklichkeit (der "Richtigkeit") der anderen Forderung nach möglichst langer Vergleichbarkeit (Kontinuität) entgegensteht.

Wesentliche Verbrauchsänderungen lassen sich erst längere Zeit nach ihrem Eintritt fest-

stellen, weil zunächst die Ergebnisse aus der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen abgewartet und erstellt werden müssen. Sie sind infolge der im Jahresablauf auffälligen saisonalen Verbrauchsschwankungen nur in Gestalt von Jahresdurchschnitten aussagekräftig und müssen über mehrere Jahre hinweg beobachtet werden, ehe mit Fug und Recht von der Notwendigkeit einer Indexumstellung gesprochen werden kann.

Diese Voraussetzung und die umfangreichen Vorarbeiten zu einer Indexumstellung beim Statistischen Bundesamt sind die Gründe dafür, daß ein neues Wägungsschema bei seiner Einführung schon einige Jahre alt ist, und daß damit die neuen Indexreihen mehrere Jahre zurückberechnet werden müssen. Als man z. B. das Wägungsschema nach den Verbrauchsverhältnissen von 1970 im September/Okttober 1973 einführt, mußten die neuen Indexreihen bis Januar 1968 zurückberechnet werden, weil schon von diesem Zeitpunkt an die Kontrollrechnungen größere Abweichungen zwischen den Verbrauchsverhältnissen des letzten Basisjahres 1962 und dem tatsächlichen Verbrauch der Jahre ab 1968 ergeben hatten.

Die neuen Indices sind dann mit den bis Dezember 1967 vorliegenden Indexzahlen "verkettet" worden, d. h. die bis Dezember 1967 auf der Verbrauchsbasis 1962 berechneten Indexziffern sind auf die Preisbasis 1970 "umbasiert" worden, womit lange nahtlose Reihen ab 1962 entstehen. Diesen langen Indexreihen auf der Preisbasis 1970 liegen demnach bis Dezember 1967 die Verbrauchsverhältnisse des Jahres 1962 und ab Januar 1968 die Verbrauchsverhältnisse von 1970 zugrunde.

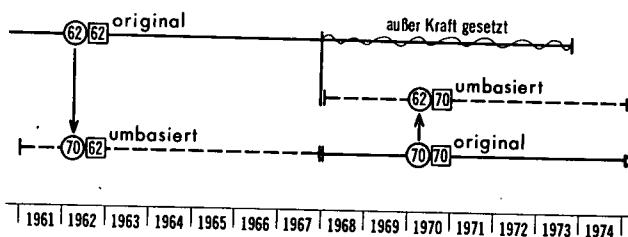
Umgekehrt wurden die Originalindexzahlen 1970 = 100 auf die Preisbasis 1962 umbasiert, und zwar ab Januar 1968. Dadurch bilden sie den Anschluß, d. h. sie sind "angekettet", an die Originalindexreihen 1962, wobei wieder ab 1968 die Verbrauchsverhältnisse 1970 an die Stelle derer von 1962 treten.

Preisindex für die Lebenshaltung

D - 4594

Indexumstellung und Verkettung

○ Preisbasis □ Verbrauchsbasis



Auf die gleiche Weise sind auch bei früheren Basiswechseln lange Reihen mit konstanter Preisbasis, nämlich 1938, 1950 und 1958 = 100, wenn auch mit wechselndem Wägungsschema gebildet worden². Die Indexberechnungen nach dem Wägungsschema 1962 werden nicht mehr fortgeführt, sie wurden für die Zeit ab 1968 außer Kraft gesetzt.

Zur Verkettung der Indexreihen 1962 und 1970
(Preisindex für die Lebenshaltung aller priv. Haushalte im Bundesgebiet)

Jahr	Index 1962		Index 1970	
	original 1962=100	umbasiert auf 1970=100	original 1970=100	umbasiert auf 1962=100
Preisbasis ▶	1962=100	1970=100	1970=100	1962=100
Verbrauchs- basis ▶	1962	1962	1970	1970
1962	100	81,6		
1963	102,9	84,0		
1964	105,4	85,9		
1965	108,7	88,7		
1966	112,7	91,9		
1967	114,6	93,4		
Monat der Verkettung: Januar 1968				
1968	(116,4) ^a		94,9	116,4
1969	(119,5) ^a		96,7	118,6
1970	(124,0) ^a		100	122,6
1971	(130,4) ^a		105,3	129,0
1972	(137,9) ^a		111,1	136,1
1973			118,8	145,7

a) Werte seit der Indexumstellung im September/Oktober 1973 überholt und durch die Werte in Spalte 4 ersetzt

Durch die rückwirkende Neuberechnung älterer Indexreihen haben sich bisher regelmäßig geringfügige Abweichungen gegenüber den auf Originalbasis errechneten Indexwerten ergeben. So hat sich z. B. der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von Januar 1968 bis September 1973 um 26,1 Prozent erhöht, während er nach der alten Berechnung um 27,9 Prozent gestiegen war. Dementsprechend ergaben sich auch andere Steigerungsraten gegenüber den einzelnen Vorjahresmonaten. Das Bild der Preisentwicklung wird dadurch jedoch in den Grundzügen nicht verändert.

Wie schon bei früheren Umbasierungen zeigte sich auch diesmal wieder, daß die neuen Gesamtwerte durchweg etwas niedriger liegen als die alten. Diese Erscheinung erklärt sich folgendermaßen: einmal haben durch den steigenden Wohlstand der Nachkriegsjahre Güter des gehobenen Bedarfs immer größere

Bedeutung in der Verbrauchsstruktur der Haushalte gewonnen; zum anderen sind sie nicht so stark im Preise gestiegen wie die Güter des Zwangsbedarfs, z. B. Wohnungsmieten und Brennstoffe. Das stärkere Gewicht aber, das die Güter des gehobenen Bedarfs im Rahmen des privaten Gesamtverbrauchs erhalten haben, kann sich im Index erst bei seiner Umstellung auf die modernen Verbrauchsverhältnisse, d. h. mit der Einführung eines neuen Wägungsschemas, niederschlagen.

Durch die nachträgliche Änderung der Indexzahlen in alten Reihen erweisen sich alle Berechnungen von Indexveränderungen aus diesem Zeitraum als überholt. Wer mit den neuen Zahlen Veränderungen des Preisniveaus berechnet, bekommt natürlich ein anderes Ergebnis als mit den alten. Für politische und wirtschaftliche Entscheidungen ergeben sich daraus keine nachteiligen Folgen, da, wie gesagt, die Grundtendenz der Preisentwicklung von den Indexkorrekturen nicht berührt wird.

Anders verhält es sich dagegen im privaten Rechtsverkehr, sofern fortlaufende Zahlungsverpflichtungen durch (genehmigungsbedürftige) Wertsicherungsklauseln oder (nicht genehmigungsbedürftige) Leistungsvorbehalte an die Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung gebunden sind. Dadurch nämlich, daß bisher regelmäßig die alten Indexzahlen gegenüber den neuen überhöht waren, sind die nach den überhöhten alten Zahlen errechneten Leistungen aus Miet- und Pachtverträgen, Leibrenten- und Hofüberlassungsverträgen, Unterhaltsverträgen, Erbbau-rechten und anderen langfristigen Verträgen zu früh geändert, d. h. in der Nachkriegszeit zu früh erhöht worden, was der empfangenden Partei einen Vorteil und der anderen einen Nachteil bringt.

Leider lassen sich die Indexumstellungen nicht schneller durchführen. Auch bei der Umstellung der Indices 1958 = 100 auf das Basisjahr 1962 konnten die neuen Indexzahlen erst im August 1964 veröffentlicht werden (und zwar rückwirkend bis Januar 1961). Es ist daher gelegentlich angeregt worden, die früheren Indices auch weiterhin original, d. h. unter Benutzung der alten Warenkörbe, weiterzuberechnen. Aber abgesehen davon, daß solche Zahlen kein zutreffendes Bild der tatsächlichen Preisentwicklung geben, und abgesehen von dem enormen Mehraufwand für Doppel- oder Mehrfachberechnungen des gleichen Index, der ja zu Lasten der Steuerzahler ginge, stehen der Durchführung eines derartigen Vorhabens unüberwindliche statistisch-technische Schwierigkeiten entgegen. Denn je älter ein Warenkorb ist, um so häufiger ist ein darin enthaltenes Gut (Ware oder Leistung) nicht mehr oder nicht

2) Das neue Zahlenmaterial aller nachgewiesenen Warengruppen und -untergruppen von 1968 - 1973 für Monats- und Jahresindices sowie die Umbasierungs-faktoren, mit denen die vor Januar 1968 auf Basis 1962 (= 100) veröffentlichten Werte auf 1970 umgerechnet werden können, und die vollständigen Wägungsschemata auf Basis 1970 bringt das Statistische Bundesamt in seiner Fachserie M, Reihe 6, Sonderheft (erschienen Mai 1974)

mehr in der gleichen Ausführung und Qualität am Markt. Es fehlen somit auch die entsprechenden Preise, um einen zeitlichen Preisvergleich durchführen zu können. Zwar treten diese Probleme auch im Rahmen der derzeitigen Preisermittlung und Indexberechnung auf - und werden bewältigt, wenn auch bei dem gegenwärtigen Ausbildungsstand der Preisermittler durch viel zusätzliche Mehrarbeit in den Statistischen Landesämtern -, aber die Zahl und das Ausmaß der erforderlichen Behelfslösungen würde mit zunehmendem Alter der Indexreihen steigen und den Aussagewert der Indices schließlich auf ein Minimum reduzieren. Außerdem wären die Auslegungsschwierigkeiten dort nicht beseitigt, wo die Vertragsschließenden, was oft vorkommt, überhaupt kein bestimmtes Originalbasisjahr in der Wertsicherungsklausel genannt haben.

Der Nachteil von Zahlenänderungen im Zuge von Indexumstellungen muß also in Kauf genommen werden. Seine Folgen können nur durch vertragliche Vereinbarungen im Vorwege ausgeschaltet oder nachträglich korrigiert werden. Da die alten Indexzahlen nicht falsch waren, sondern lediglich auf einem älteren Warenkorb beruhten, der die Preisentwicklung überhöht wiedergegeben hat, hat sich für den Fall fehlender vertraglicher Verfahrensabmachungen folgende einfache Lösung als gangbar erwiesen: Die Vertragsparteien belassen es bei der bisherigen Berechnung fortlaufender Zahlungen nach den alten Indexzahlen und legen die neuen Indexzahlen erst der nächsten heranstehenden Änderung zugrunde. Die neuen Zahlen, die niedriger liegen als die alten, lassen eine Änderung der wertgesicherten Leistung (Miete, Rente, Unterhaltszahlung) erst zu einem späteren Zeitpunkt zu, als es bei Fortführung der alten Reihen der Fall gewesen wäre. Damit wird bis zu einem gewissen Grade der angestrebte Ausgleich erreicht, ohne daß komplizierte und zeitraubende Rückrechnungen erforderlich wären.

Eine Indexumstellung, die in eine Zeit inflationärer Preisentwicklung fällt, mag den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft gelegen kommen, weil dadurch die Teuerungsrate einen optischen Dämpfer bekommt, der ungeschulten Bundesbürgern vielleicht den Eindruck eines nachlassenden Preisauftriebs vorspiegeln könnte, aber bestellt werden kann sie beim Statistischen Bundesamt nicht. Die wahren Gründe der Indexumstellung sind gewandelte Verbrauchsansprüche, gewachsene Durchschnittseinkommen der Haushalte und die breitere Angebotspalette von Waren und Dienstleistungen. Sie führen dazu, daß Indexzahlen auf Grund überholter Warenkörbe ein zunehmend schiefes Bild der echten Preis-

entwicklung geben. Allein die Kenntnis dieser Wandlungen und Abweichungen von der Realität, die das Statistische Bundesamt durch laufende Beobachtung und Berechnung der Lebenshaltung in den bundesdeutschen Haushalten erwirbt, veranlassen es, von Zeit zu Zeit die Indexberechnung auf ein neueres Wägungsschema und Basisjahr umzustellen.

Lebensstandard und Lebenshaltungskosten

Häufig wird der Preisindex für die Lebenshaltung, den man zur Vermeidung von Irrtümern besser als Index der Verbraucherpreise bezeichnen sollte, Index der Lebenshaltungskosten genannt, obwohl es sich nicht um einen Indikator von Kosten oder Ausgaben, sondern um einen Index der Preise für jene Güter und Leistungen handelt, die in privaten Haushalten verbraucht und in Anspruch genommen werden. Die Begriffe sollten besser nicht wahlweise verwendet werden.

Die Höhe der Lebenshaltungskosten oder -ausgaben wird von zwei Komponenten bestimmt, nämlich einmal durch die Preise der Lebenshaltung und zweitens durch den Lebensstandard. Der Lebensstandard oder das Niveau der Lebenshaltung richtet sich nach Art, Menge und Qualität der gekauften Güter und unterliegt einem ständigen Wandel. Die Lebenshaltungsausgaben können sich also sowohl infolge von Preisänderungen als auch infolge von Verbrauchswandlungen ändern.

Gerade der Einfluß des zweiten Faktors wird aber bei der Ermittlung des Preisindex für die Lebenshaltung durch das Festhalten an einem fixierten Warenkorb bewußt ausgeschaltet und erst beim Übergang auf einen neuen Warenkorb anläßlich der Einführung eines neuen Basisjahres berücksichtigt. Die Berechnungsweise des Preisindex für die Lebenshaltung geht also gerade von der Voraussetzung eines konstanten Lebensstandards aus, weil nur so die reine Preisentwicklung für sich dargestellt werden kann.

Im Gegensatz zum Preisindex für die Lebenshaltung, der aus den jeweiligen Preisen, aber mit den konstanten Verbrauchsmengen errechnet wird, gehen in die Lebenshaltungskosten sowohl die jeweiligen Preise als auch die jeweiligen Verbrauchsmengen ein. Die Meßziffer der Lebenshaltungskosten zeigt daher neben den Preisänderungen auch die Veränderungen des allgemeinen Lebensstandards in den Haushalten an.

In der letzten Tabelle sind unter Heranziehung der Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen in privaten Haushalten im Bundesgebiet für den typischen 4-Personen-Arbeit-

Entwicklung der Lebenshaltung
für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen
Gesamtlebenshaltung 1962 = 100

Jahr	Lebenshaltungs- ausgaben		Lebensstandard		Preisindex für die Lebenshaltung	
	jeweilige Mengen und jeweilige Preise		jeweilige Mengen und Preise von 1962		Mengen von 1962 ^a und jeweilige Preise	
	Wert	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wert	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wert	Veränderung in % gegenüber Vorjahr
1962	100		100		100	
1963	106,9	+ 6,9	103,9	+ 3,9	103,0	+ 3,0
1964	113,9	+ 6,5	108,2	+ 4,1	105,4	+ 2,3
1965	121,9	+ 7,0	112,8	+ 4,3	109,0	+ 3,4
1966	128,2	+ 5,2	114,8	+ 1,8	112,8	+ 3,5
1967	126,1	- 1,6	111,2	- 3,1	114,4	+ 1,4
1968	128,4	+ 1,8	110,8	- 0,4	115,9	+ 1,3
1969	139,7	+ 8,8	117,4	+ 6,0	118,3	+ 2,1
1970	150,7	+ 7,9	122,6	+ 4,4	122,1	+ 3,2
1971	169,2	+ 12,3	131,6	+ 7,3	128,3	+ 5,1
1972	181,5	+ 7,3	133,9	+ 1,7	135,1	+ 5,3
1973	144,3	+ 6,8

a) ab 1968 Mengen von 1970

nehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes auf der Basis 1962 = 100 Zahlen über die Entwicklung der Lebenshaltung errechnet worden, soweit das Zahlenmaterial bisher zur Verfügung steht. Allerdings lassen sich für die Meßziffern des Lebensstandards und der Lebenshaltungskosten keine langfristigen Vergleichsreihen erstellen, weil das Güterverzeichnis für den privaten Verbrauch gewechselt hat. Trotzdem ist daraus z. B. ersichtlich, daß der Lebensstandard von 1962 bis 1965 stärker gestiegen ist als die Preise, während nach der wirtschaftlichen Rezession

von 1966 sein Anstieg hinter dem der Preise zurückblieb.

Für Vertragschließende, die die genannten Begriffe nicht auseinanderhalten und die spezielle Bedeutung des Preisindex für die Lebenshaltung nicht hinreichend zur Kenntnis nehmen, können peinliche Überraschungen entstehen, wenn sie die Begriffe in Wertsicherungsklauseln verwenden. Wenn nämlich ein Empfänger wiederkehrender Zahlungen lediglich den Preisindex für die Lebenshaltung als Wertmaßstab für die Anpassung vereinbart hat, ist er nur gegen die reine Geldentwertung geschützt, er nimmt aber nicht an der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards teil. Sobald er das bemerkt, meint er, der Preisindex für die Lebenshaltung sei nicht richtig, d. h. zu niedrig, berechnet worden. Das ist aber nicht der Fall, vielmehr hätte er, wenn er mehr als nur einen Ausgleich für den eingetretenen Kaufkraftschwund der Deutschen Mark haben wollte, einen anderen Wertmesser, z. B. das Gehalt einer bestimmten Beamtenkategorie, vereinbaren müssen. Da die Gehälter und Löhne nach dem Kriege sehr viel stärker gestiegen sind als die Preise, hätte seine Leibrente oder sein sonstiger Unterhaltsanspruch auch an der Anhebung des allgemeinen Lebensniveaus oder, wie oft gesagt wird, an der Änderung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse teilgenommen.

Die in der Tabelle errechneten Zahlen für die Entwicklung des Lebensstandards und der Lebenshaltungskosten kommen als Wertmaßstab in Wertsicherungsklauseln nicht in Betracht, weil sie erst lange Zeit nach den eingetretenen Änderungen der Lebenshaltung zur Verfügung stehen und nur im Jahresdurchschnitt sinnvolle Aussagen ergeben.

Dr. Georg Goldmann

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1974

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 566	2 568	2 570
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	864	1 394	1 294	596	839
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	5,9	4,4	6,4	6,1	2,7
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 077	2 335	2 337	2 092	2 020
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	10,3	10,6	10,7	11,1	9,5
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 562	2 662	2 583	2 763	2 715
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,8	12,6	13,0	12,2	12,2	12,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	41	59	36	34	34
* je 1 000 Lebendgeborene		19,9	21,7	19,7	25,3	15,4	16,3	16,8
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 290	- 494	- 485	- 327	- 246	- 671	- 695
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,4	- 2,3	- 2,5	- 1,5	- 1,2	- 3,1
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	7 035	8 478	8 586
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	5 251	6 422	6 299
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 1 784	+ 2 056	+ 2 287
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	8 896	10 234	10 064
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	21 182	25 134	24 949
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		168	165	153	162	166
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	12	14	18	15	13	34	34	30	26
darunter *Männer	1 000	7	8	10	8	7	21	21	18	15
Offene Stellen	1 000	19	20	19	22	23	12	14	17	17
darunter für Männer	1 000	11	13	12	14	14	8	9	10	10
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 ^a	1 496 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	498 ^a	504 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)			
*Schweine	1 000	1 598 ^a	1 659 ^a	.	1 581	.	.	.	1 714	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 ^a	168 ^a	.	159	.	.	.	174	.
darunter *trächtig	1 000	100 ^a	111 ^a	.	100	.	.	.	113	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	22	24	25	35	28	31	34
*Kälber	1 000 St.	2	1	2	2	2	2	2	2	2
*Schweine	1 000 St.	205 ^b	200 ^c	182	206	194	221	187	193	210
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8 ^b	7 ^c	10	7	5	13	9	7	6
*Schlachtungsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	20,3	22,9	22,5	26,4	22,0	23,4	25,6
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	5,8	6,2	6,6	9,0	7,2	7,9	8,6
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	14,3	16,5	15,7	17,3	14,6	15,3	16,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	265	262	266	268	268	263	262
Kälber	kg	78	95	93	95	91	97	98	95	93
Schweine	kg	83	83	83	83	83	83	82	82	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	518	515	609	442	618	527	614	648
	*für Masthühnerküken	1 000	877	879	819	986	1 065	934	741	1 011
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	843	825	692	895	752	910	471	699	816
*Milcherzeugung										
darunter *an Meiereien geliefert	1 000 t	178	181	178	224	232	185	181	228	237
	%	92	93	93	93	93	93	93	94	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	12,7	14,4	15,4	11,8	12,9	14,6	15,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	187	187	187	185	186	187	187
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	138	138	137	136	136	137	137
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	22 062	23 333	22 347	21 743	21 851	22 181	22 043
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	184,9	194,7	193,5	208,0	190,5	200,5	232,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	88,5	90,5	91,0	100,0	96,9	100,6	111,3
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	20	28	26	26	26	31	31	32	32
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	15,3	14,4	14,3	14,7	15,7	14,1	13,3
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,9	2,8	3,4	3,1	5,0	3,1	3,0
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	11,4	11,6	10,9	11,6	10,7	11,0	10,3
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	99	102	99	104	98	105	98
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	25	26	24	23	22	23	19
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	74	76	75	81	75	82	79
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	167	187	180	168	174	186	178
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	33	35	33	41	37	38	32
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 273	1 439	1 282	1 435	1 362	1 504	1 434	1 809	1 639
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	267	261	227	238	238	481	285
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	176	185	193	176	188	202	206
*Bergbau	1962=100	109	100	104	102	101	96	96	92	88
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	191	204	211	178	212	222	218
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	200	206	206	208	225	244	249
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	209	229	247	200	212	241	241
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	132	137	148	137	130	137	148
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	125	142	166	119	131	138	153
Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	97,0	96,7	.	97,0	.	.	.	92,3	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	.	111,5	.	.	.	102,4	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	266	304	302	343	308	406	316
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	601	626	574	698	612	656	570
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	15	14	13	12	10	11	7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	59 829	61 974	62 682	56 368	55 310	55 346	55 563
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	6 629	8 393	8 418	6 669	6 654	7 307	7 703
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	3 130	3 926	3 909	2 939	2 928	3 148	3 141
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 192	1 558	1 457	1 107	1 126	1 178	1 323
*Verkehrs und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	2 183	2 733	2 884	2 457	2 456	2 802	3 040
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	68,5	87,2	91,6	76,1	74,5	81,8	89,7
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	9,4	10,0	10,3	10,9	10,5	10,7	10,8
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	157,4	212,5	256,0	179,2	152,1	224,2	204,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	821	1 107	1 091	421	499	770	840
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	719	985	976	376	437	651	795
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	949	1 225	1 047	572	556	1 139	748
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	149 025	217 314	179 943	92 730	100 001	210 506	136 390
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	168	229	197	112	102	222	130
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	158	176	135	143	163	114	113	123	153
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	539	846	848	378	316	485	490
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	64 734	74 542	80 427	54 137	43 170	71 707	54 990
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	91	146	145	80	57	88	81
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	2 090	2 768	2 359	1 668	1 262	2 981	1 415
Baufertigstellungen										
Wohnungen 12)	Anzahl	2 629	2 937	819	877	1 168	608	714	745	853
Wohnräume	Anzahl	10 797	11 336	3 608	3 087	4 557	2 766	2 664	3 202	3 621
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	286,7	258,9	r 234,6	432,8	300,2	314,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	29,8	36,3	29,3	48,3	43,1	45,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	256,9	222,6	r 205,2	384,6	257,0	269,8	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	4,9	5,5	5,7	8,0	7,7	8,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	15,2	14,7	15,1	39,3	23,9	57,1	...
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	236,8	202,4	r 184,4	337,2	225,4	204,0	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	21,1	22,8	r 20,7	25,6	27,4	29,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	215,7	179,5	r 163,7	311,7	198,0	174,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	130,0	114,8	98,6	256,3	129,5	151,9	...
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	15,5	27,8	17,5	20,3	23,6	24,5	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	23,4	25,5	25,2	161,2	31,0	37,6	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	14,0	20,3	16,5	23,3	23,1	33,0	...
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	44,6	6,4	9,3	16,0	15,2	16,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	34,8	36,5	40,7	61,6	39,8	53,5	...
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	4,9	4,9	6,3	19,1	8,0	6,8	...
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	10,3	12,0	14,8	18,9	10,4	20,4	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	111,1	131,4	130,2	121,0	112,4	129,8	139,3
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	73,3	87,6	106,6	81,5	82,4	101,2	...
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	69	96	157	65	72	102	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	18	8	10	21	5	7	9	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	244	384	749	253	274	441	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	37	17	22	35	13	16	19	...
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 016	1 137	895	1 003
Güterversand	1 000 t	307	399	320	371	299	481
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	207	244	238	246	237	256	...
*Güterversand	1 000 t	362	327	219	373	287	300	276	275	...
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 122	7 522	8 970	11 319	10 231	4 689	5 690	7 988	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	63	92	60	168	198	33	55	133	...
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	7 234	6 693	8 128	10 151	9 205	4 154	5 056	7 035	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	445	386	445	527	464	261	302	364	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 312	1 279	1 388	966	897	1 063	p 1 162
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	61	49	55	30	40	56	p 54
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 732	1 694	1 897	1 207	1 114	1 423	p 1 555

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	20 835	21 049	21 153	23 208	23 319	23 603	23 557
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	20 068	20 346	20 501	22 418	22 538	22 800	22 792
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 487	4 572	4 570	4 895	4 964	5 146	5 068
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 467	4 551	4 537	4 874	4 941	5 120	5 043
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	20	21	33	22	22	26	25
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	1 769	1 797	1 796	2 039	1 987	2 017	2 023
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 655	1 683	1 680	1 902	1 847	1 879	1 883
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	113	113	116	137	140	139	140
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	13 812	13 977	14 135	15 485	15 587	15 637	15 702
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	11 765	11 906	12 026	13 016	13 140	13 187	13 249
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 047	2 072	2 109	2 468	2 448	2 450	2 452
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	16 522	16 572	16 721	18 471	18 481	18 452	18 548
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	9 119	9 183	9 339	10 668	10 644	10 628	10 724
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	5 414	5 452	5 554	6 742	6 678	6 736	6 787
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 706	3 731	3 785	3 925	3 966	3 892	3 937
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 403	7 389	7 382	7 804	7 837	7 824	7 824
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 511	4 507	4 502	4 664	4 686	4 680	4 677
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	350	338	319	591	395	399	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	329	352	326	595	361	413	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	9	10	11	20	12	20	35
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	2	3	-	4	1	2	4
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	307	409	392	511	449	473	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	0,643	1,359	1,529	1,591	1,581	1,675	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	328 225	426 247	247 889	405 996	356 880	458 090	306 389
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	207 756	343 844	162 980	293 907	214 016	367 935	209 837
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	185 695	141 831	141 068	239 484	201 822	129 903	178 777
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	11 324	169 732	11 588	37 029	1 370	193 797	24 463
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	1 652	1 999	1 351	6 352	1 771	902	2 377
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	9 084	30 282	8 973	11 042	9 053	43 333	4 220
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	120 469	82 403	84 909	112 089	142 865	90 155	96 552
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	93 800	57 995	57 747	85 417	106 326	56 934	59 037
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	26 669	24 407	27 161	26 673	36 539	33 221	37 515
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	106 261	121 686	122 558	110 745	132 648	130 177	122 617
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	10 796	12 126	10 260	9 105	9 811	10 001	10 545
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	88 898	100 605	107 679	96 027	115 825	110 243	106 338
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	38 878	27 671	26 006	32 689	37 065	28 920	27 472
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	15 317	1 676	573	2 202	14 566	3 972	1 681
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	15 671	18 390	18 801	24 335	16 091	18 280	19 887
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	691	729	852	987	729	723	699
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 ⁺	187 078 ⁺	.	167 866
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 ⁺	7 114 ⁺	.	6 452
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 ⁺	26 496 ⁺	.	24 635
*Gewerbesteuer	1 000 DM	97 117 ⁺	121 447 ⁺	.	105 479
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	.	16 105
*Lohnsummensteuer	1 000 DM									
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	252 732	325 361	270 300	291 505	295 194	348 283	297 542
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	67 802	150 113	70 804	103 925	72 487	161 309	90 692
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	78 305	53 562	55 191	70 616	90 005	56 798	60 828
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	365	-	21 747	6 219	55	-	23 406
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	225 504	238 407	173 441	265 613	234 816	257 139	203 904
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	107 738	150 113	70 804	146 175	108 713	161 309	90 692
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 21)	1 000 DM	64 297	65 034	78 524	60 623	54 883	80 530	88 982	66 910	62 334
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	365	-	21 747	6 219	55	-	23 406
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 ⁺	250 030 ⁺	.	180 120
*Gewerbesteuer	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	.	94 530
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM									
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 ⁺	111 589 ⁺	.	23 202

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,6	124,8	117,5	117,8	119,9	155,0	158,5	159,4	157,2
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	124,5	133,9	130,4	131,3	132,3	146,3	149,2	152,0	154,5
Grundstoffpreise 23)	1962=100	108,9	120,3	115,3	116,3	117,4	137,1	141,1	143,3	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 23)	1962=100	116,1	123,8 ^f	120,7	121,4	122,2	131,8	134,8	136,9	138,3
landwirtschaftlicher Produkte 23)	1961/63=100	106,5 ^e	118,7 ^f	121,4	124,8	124,9 ^p	120,6 ^p	119,6 ^p	117,9 ^p	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 24)	1962=100	174,3	187,1	180,3	.	.	.	193,9	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 23)	1962/63=100	116,5 ^e	127,3 ^f	131,0	131,9	131,5	140,2	142,6	143,1	...
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	128,7	129,7	130,7	136,3	137,4	138,5	139,9
*Preisindex für die Lebenshaltung 25)	1970=100	111,1	118,8	116,0	116,8	117,5	123,7	124,8	125,2	125,9
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	115,6	116,4	118,0	121,4	121,8	122,3	123,4
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	117,2	118,2	119,3	125,3	126,2	127,3	128,5
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	116,9	117,7	118,1	122,6	123,2	123,8	124,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	118,5	118,7	117,3	153,4	156,1	150,1	143,5
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	113,5	113,7	113,7	118,9	119,8	120,8	121,4
Löhne und Gehälter 26)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	.	.	398	397
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	.	.	420	421
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	.	.	234	253
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	.	.	227	242
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	.	.	8,96	9,23
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	.	.	9,46	9,78
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	.	.	5,81	6,21
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	.	.	5,63	5,92
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	.	.	44,4	43,0
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	.	.	40,3	40,7
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	.	.	1 957	2 076
*weiblich	DM	1 194	1 355	.	.	1 321	1 398
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	.	.	2 139	2 233
*weiblich	DM	1 218	1 321	.	.	1 284	1 385
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	.	.	1 789	1 813
*weiblich	DM	953	1 129	.	.	1 096	1 155
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	.	.	1 719	2 080
weiblich	DM	(1 112)	1 384	.	.	.	1 500
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	.	.	1 841	1 896
weiblich	DM	1 019	1 184	.	.	1 150	1 215
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	.	.	2 102	2 217
weiblich	DM	1 213	1 325	.	.	1 285	1 288

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

19) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs.1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs.5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000				
1969	28	23	24	868	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁴⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	...	27,1

Jahr	Steuern									Neuverschuldung ⁵⁾		
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
	1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580
1970	2 425	r 1 865	590	867	r 1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	r 2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	r 3 087	r 2 448	829	r 1 117	r 2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	3 558	2 794	1 000	1 138	3 047	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1970=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
	indu- strieller Produkte 7) 1962=100	landwirt- schaftlicher Produkte 7)8) 1961/63 =100		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)
								Männer	Frauen	Männer		
			DM									
1969	101,5	106,2	127,2	96,7	97,7	259	157	1 208	758	1 398	1 474	1 005
1970	107,5	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	112,5	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	116,1	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	123,8	...	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Kassenkredite

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

6) alle privaten Haushalte

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Dezember 1973			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1973			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	93 617	+ 0,0	- 0,5	- 3	12	9	26 254	23 908
KIEL	265 587	+ 0,0	- 1,2	- 168	231	63	74 782	68 046
LÜBECK	236 047	- 0,0	- 0,7	- 152	75	- 77	61 598	55 321
NEUMÜNSTER	86 321	- 0,1	- 0,1	- 10	- 41	- 51	25 713	22 926
Dithmarschen	133 014	- 0,1	- 0,5	- 40	- 80	- 120	46 765	36 278
Flensburg-Land	75 881	+ 0,0	+ 1,0	- 12	34	22	29 774	23 206
Hzgt. Lauenburg	150 130	- 0,0	+ 1,6	- 87	62	- 25	47 610	40 206
Nordfriesland	161 524	+ 0,0	+ 0,8	- 59	80	21	58 971	46 847
Ostholstein	186 065	- 0,1	+ 0,9	- 69	- 149	- 218	60 598	50 259
Pinneberg	252 799	- 0,1	+ 1,1	- 34	- 174	- 208	80 428	70 073
Plön	113 065	+ 0,0	+ 1,6	- 50	70	20	40 063	32 812
Rendsburg-Eckernförde	234 121	+ 0,1	+ 1,3	- 26	176	150	79 806	64 882
Schleswig	101 351	- 0,1	+ 0,0	- 33	- 70	- 103	36 610	28 875
Segeberg	187 751	+ 0,1	+ 3,1	- 20	287	267	69 799	58 564
Steinburg	132 618	- 0,1	- 0,4	- 63	- 99	- 162	43 875	35 300
Stormarn	169 707	-	+ 1,9	- 57	57	-	56 750	49 150
Schleswig-Holstein	2 579 598	- 0,0	+ 0,6	- 883	471	- 412	839 396	706 653

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.3.1974	Beschäftigte am 31.3.1974	Umsatz ⁴⁾ im März 1974 in Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	61	9 051	75	36	-	43
KIEL	141	30 166	294	106	1	136
LÜBECK	137	28 447	236	131	-	158
NEUMÜNSTER	74	10 563	62	51	1	67
Dithmarschen	62	6 359	182	53	9	70
Hzgt. Lauenburg	96	9 321	59	56	1	67
Nordfriesland	47	2 547	39	61	5	95
Ostholstein	77	6 330	51	103	5	137
Pinneberg	233	23 769	207	93	6	126
Plön	43	2 723	20	50	2	74
Rendsburg-Eckernförde	128	11 556	88	117	7	166
Schleswig-Flensburg	67	4 476	71	76	3	103
Segeberg	182	15 489	126	88	8	119
Steinburg	94	10 400	106	62	4	75
Stormarn	133	15 731	192	79	2	116
Schleswig-Holstein	1 575	186 928	1 809	1 162	54	1 552

1) nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1973

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1973			Offene Stellen am 31. 3. 1974	Kuhmilcherzeugung im März 1974			*Ernten und Erträge 1973			
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1961	31. 12. 1972					1 000 t	dt je ha	1 000 t	dt je ha
		in %									
Schleswig-Holstein	2 580	+ 11,3	+ 0,6	17	228	93,9	14,6	1 710	40,1	242	247,6
Hamburg	1 752	- 4,4	- 0,8	14	2	92,3	13,6	21	38,7	3	235,0
Niedersachsen	7 259	+ 9,3	+ 0,6	36	448	91,6	14,2	4 630	38,2	2 792	290,9
Bremen	729	+ 3,2	- 0,7	5	2	86,3	13,4	7	35,8	2	223,2
Nordrhein-Westfalen	17 246	+ 8,4	+ 0,3	94	273	94,1	12,7	3 600	43,8	1 288	287,1
Hessen	5 584	+ 16,0	+ 0,9	33	122	82,6	11,9	1 656	40,2	928	225,2
Rheinland-Pfalz	3 701	+ 8,3	+ 0,3	17	85	82,2	10,9	1 379	36,7	938	226,3
Baden-Württemberg	9 239	+ 19,1	+ 0,9	57	212	79,0	9,6	2 292	39,7	1 756	300,0
Bayern	10 853	+ 14,1	+ 0,7	60	581	87,1	9,7	5 144	39,5	5 544	305,6
Saarland	1 112	+ 3,7	- 0,6	3	10	80,3	11,9	164	37,9	183	258,8
Berlin (West)	2 048	- 6,8	- 0,7	12	0	24,2	15,3	3	29,9	2	244,4
Bundesgebiet	62 101	+ 10,5	+ 0,5	349	1 961	88,5	11,5	20 604	39,8	13 676	284,6

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1974			
	Beschäftigte am 28.2.1974 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Februar 1974		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Februar 1974	Beschäftigte am 31. Januar 1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	186	1 434	17	188	56	22	1 668	6,5	608	2,4
Hamburg	192	1 979	17	128	39	22	1 366	7,8	685	3,9
Niedersachsen	766	5 602	27	160	162	22	4 178	5,8	1 987	2,7
Bremen	101	1 033	13	.	19	26	583	8,0	81	1,1
Nordrhein-Westfalen	2 548	19 211	24	.	352	20	5 926	3,4	6 034	3,5
Hessen	725	4 337	26	184	129	23	2 566	4,6	779	1,4
Rheinland-Pfalz	401	3 301	29	257	82	22	2 616	7,1	769	2,1
Baden-Württemberg	1 566	9 673	25	190	212	23	4 239	4,6	3 980	4,3
Bayern	1 374	8 177	23	.	251	23	4 567	4,2	4 433	4,1
Saarland	164	959	36	.	20	18	305	2,7	-	-
Berlin (West)	229	1 452	13	.	41	20	1 156	5,6	1 392	6,8
Bundesgebiet	8 252	57 248	24	178	1 363	22	29 170	4,7	20 748	3,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1974			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Februar 1974				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31. 12. 1973 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
									in 1 000		in DM je Einwohner
Schleswig-Holstein	839	707	274	897	40	1 114	129	3 036	328	409	133
Hamburg	530	481	275	746	25	999	137	5 736	527	2 734	183
Niedersachsen	2 375	1 981	273	2 481	140	3 111	131	3 722	319	333	137
Bremen	215	193	265	291	5	333	116	4 322	385	1 348	184
Nordrhein-Westfalen	5 161	4 588	266	5 699	203	7 246	131	4 311	366	538	161
Hessen	1 903	1 634	293	1 946	64	2 620	138	4 833	380	518	151
Rheinland-Pfalz	1 247	1 024	277	1 233	50	1 675	140	3 975	330	389	131
Baden-Württemberg	3 138	2 642	286	2 717	101	3 735	141	4 517	377	538	163
Bayern	3 755	2 995	276	3 457	166	4 829	144	4 599	525	427	149
Saarland	336	298	268	399	14	567	146	3 654	311	349	108
Berlin (West)	501	454	222	865	25	1 069	126	3 897	276	813	87
Bundesgebiet	20 087 ^a	17 036 ^a	274	20 731	833	27 298	136	4 312	356	557	150

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gesundheitswesen

Gesundheitswesen 5/105

Bildung und Kultur

Fachhochschulstudenten 3/56

Wahlen

Kommunalwahl 1974

(Teil 1: Kreisergebnisse) 5/98

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Arbeitskräfte Landwirtschaft 4/89

Baumschulen 4/92

Betriebssysteme Landwirtschaft 1/9

Zur Getreideernte 1973 2/33

Unternehmen und Arbeitsstätten

Kapitalgesellschaften 2/43

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Industrielle Kleinbetriebe 4/94

Investitionen 1972 4/78

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Auftragslage im Baugewerbe 1/18

Bauhauptgewerbe 3/63

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandelsumsätze 4/95

Verkehr

Güterumschlag in den Häfen 2/37

Straßenverkehrsunfälle 5/115

Öffentliche Finanzen

Lohnsteuerpflichtige 2/48

Umsätze 1972 4/81

Vermögensteuer 3/66

Löhne und Gehälter

Zur Reallohnentwicklung 2/26

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

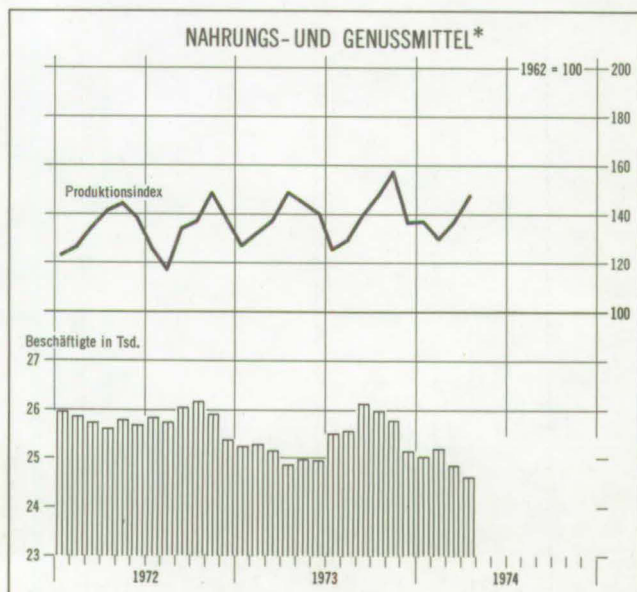
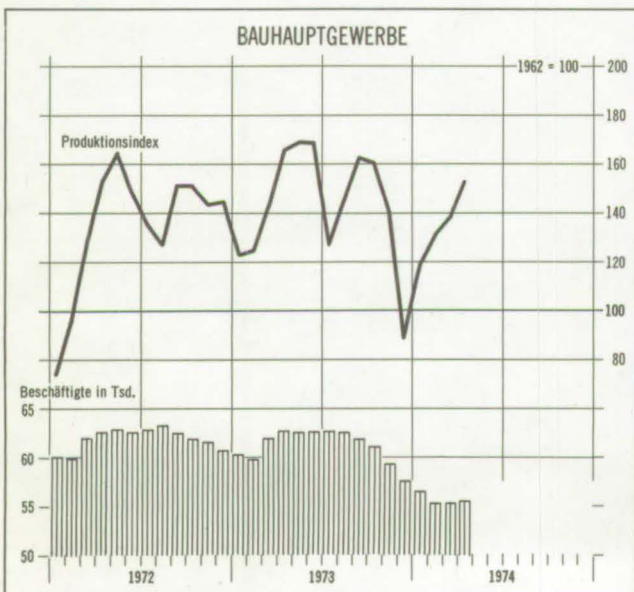
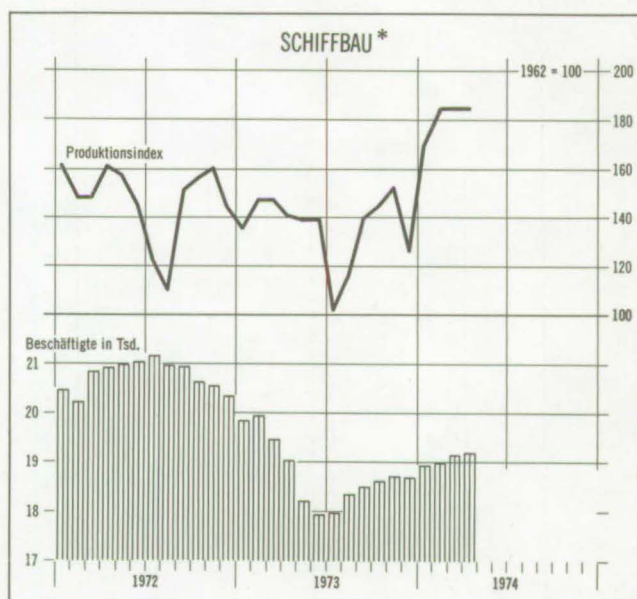
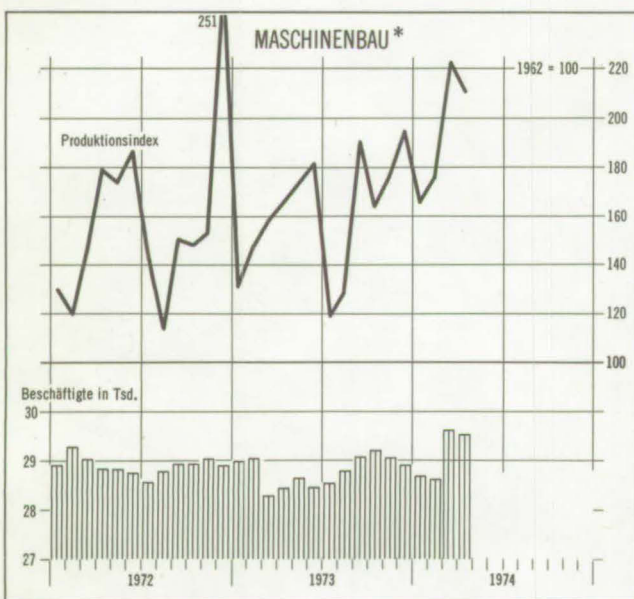
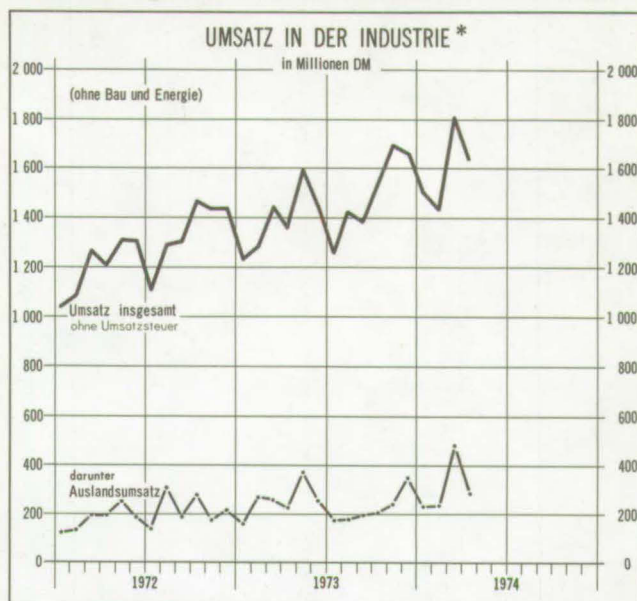
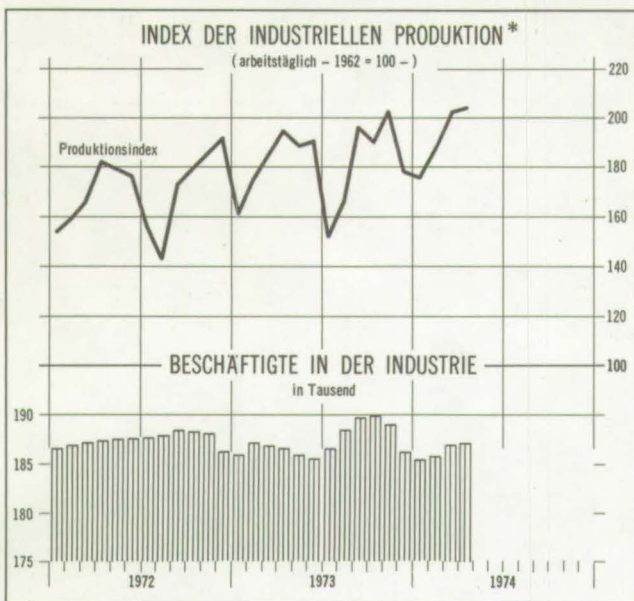
Bruttoinlandsprodukt 3/51

Bruttoinlandsprodukt, Kreise 1/3

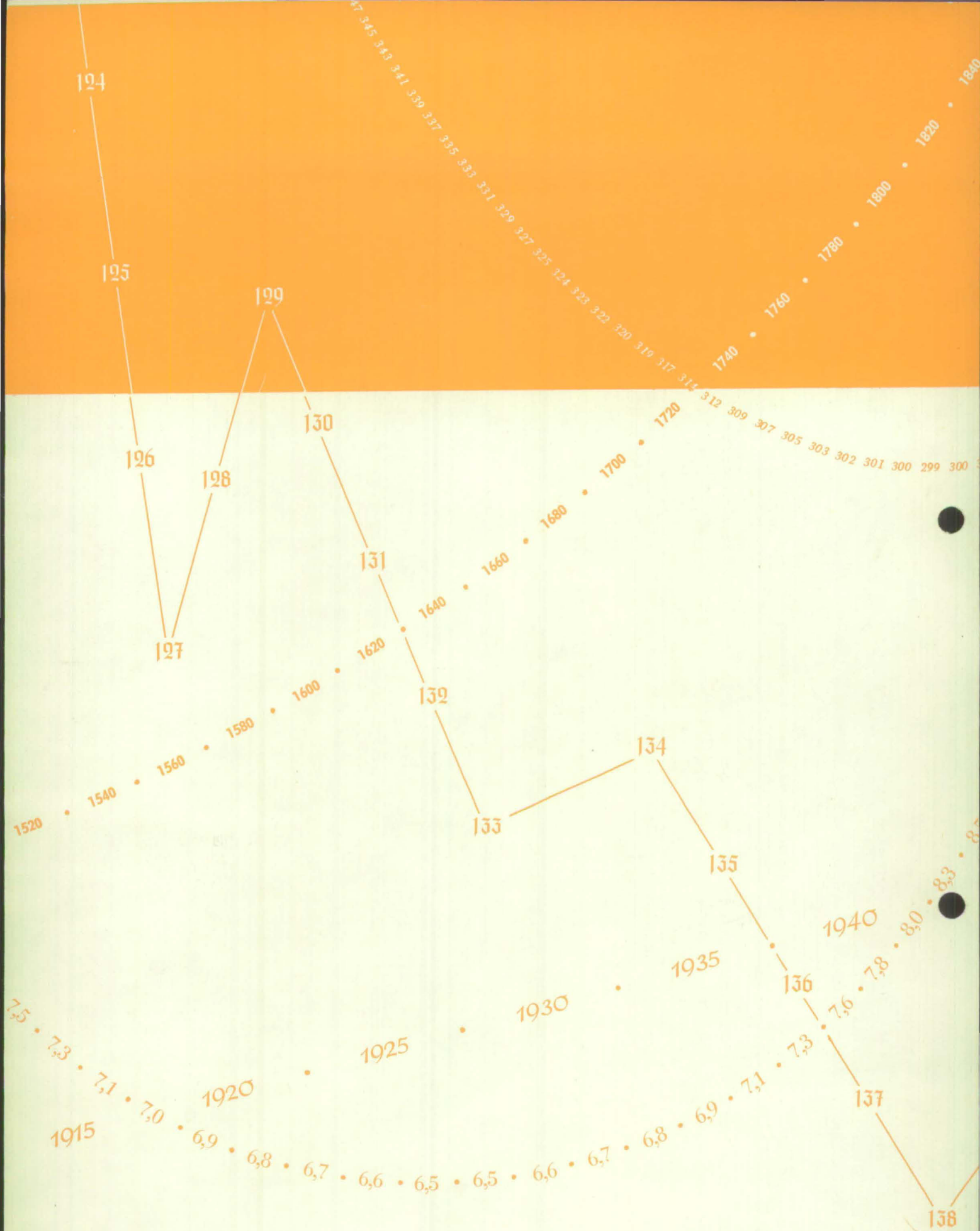
Wirtschaftliches Wachstum 1973 4/75

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitnehmerverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen